

Verlag Bund Deutscher Osten e. V., Berlin W 30.

Pr. 29

Berlin, 14. Juli 1933.

14. Zabrag.

[illegible][illegible]

Man kann die Osteuropakrise als Symptom einer gründlichen politischen Umorientierung ansehen, in deren Mittelpunkt der Sowjetstaat steht. Was diesen anlangt, so ist für den Abbruch zunächst noch ein ausgeprägtes osteuropäisches Rahdebouirnis maßgebend gewesen. Das mit Rücksicht auf die katastrophale Zuspitzung der innerpolitischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des „Sowjetparadieses“ durchaus verständlich erscheint. Es ist der Sowjetunion in einem einzigen großen Anlauf gelungen, den sich so für sie an der Welt zu finden, um ihre eigene Krise in neutralen Staaten vom Abgesehen zu lassen, um ihre Lage und Wehrgrenzen gelegt. Sie hat den Konflikt mit London beilegt und steht jetzt vor dem Abbruch eines Handelsvertrages mit England. Sie ist weiter durch die Dekte auch den Staaten der Kleinen Entente nähergekommen; so hat der leichten beharrenden Frage durch stillschweigenden Verzicht ihre bedrohliche Schärfe genommen. Und schließlich ist ihr auch noch die Anbahnung gereizter Beziehungen mit Japan gelungen. Sie ist glücklich, nachdem schon vor einiger Zeit die Störungen im Verhältnis mit Deutschland durch einen Vertrag aus dem Weg zu räumen, Sowjetrußland auf die Weise der „Anbahnung an den „Welten“ unter Umgehung Deutschlands zu erleben.

zu bescheiden. Die Dankbarkeit habe, daß bei diesen Maßnahmen antideutsche Tendenzen mitgepielen. Das wird durch die betonte Befreiungsmitt, mit der die Dacktschickung in Warschau und Paris festgelegt wurden, bestätigt. Das Ziel der französisch-polnischen Außenabstimmungslaufe auf Rußland ist seit dem August 1931 die Entwertung des Berliner Vertrages, die Befreiung des "Polenraums von Kopoland", die Befreiung Polens aus der besänftigten Zweifelschuld der beiden Deutschen und Rußlands. Dieses Ziel scheint heute erreicht und in der verwirklicht zu sein mit Ausgabung der Wampur der französischen Politik die die Friedensstimmung über den ganzen Osten von der Ostsee bis zum Schwarzen Meere ausgetagt hat — und nebenbei auch noch am Wiener Balkanausgleich über gegesigle Kreaturen verfügt. Den Pariser und Warschauer Diplomaten ist bei ihrem Vorhaben die — übrigens völlig unbegründete — Angst der Sowjetgewaltigen vor dem nationalsozialistischen Deutschland zu Hilfe gekommen. Deutschland hat von allen Staaten ganz genig zu Hilfe angeht. Deutschland hat von allen Staaten ganz genig zu Hilfe angeht. Deutschland hat von allen Staaten ganz genig zu Hilfe angeht.

anscheinend glaubt, Schutz vor der nationalsozialistischen Revolution finden zu können.

Die Polen haben sich über das Zustandekommen der Pakte schlechtthin begreifert. Sie glauben, nun endlich der deutsch-willigen Jange, die ihnen seit Kapallo den politischen Atem abklemmte, entgegen zu sein. Sie nehmen an, daß namentlich einer engeren politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Sowjets nichts mehr im Wege liegt. Sie fühlen sich an der Ofkangez entlastet und hoffen, daß die lange ersehnte Bewegungsfreiheit gegenüber der westlichen Nachbarn sich in der nächsten Zeit realisieren wird. Sie endlich die Geschlossenheit aller westlichen Anlieger Anbände, deren Führung sie für sich beanspruchen, hergestellt ist. Ihrer Ansicht nach ist mit dem Abschluß der Pakte auch der Viermächtepakt so gut wie erledigt. So feiert der „Kurjer Warszawski“ die Ofkakte in pathetischen Worten als einen Sieg „des guten Willens, der ehrlichen Vernunft und der redlichen Absichten“ über den Geist der „raubgierigen Unliknte“ und der „imperialistischen Aspirationen“. Wenn aber die Polen jemanden in politischen Dingen „guten Willen und Ehrlichkeit“ zuschreiben, so ist das ein Zeichen, daß sie sich in ihm einen Garant der Verfallir Grenzen vermuten. Sie leben in den Ofkakte die Garantie des Verfallir Systems. Sie haben ihre Hoffnung auf die Sowjets gesetzt. Selbst Blattier wie der „Kurjer Poronaz“ in denen bisher mit Überzeugung und Ausbauer gegen die Bolschewiken gehet worden ist, finden jetzt geradezu begeisterte Worte der Anerkennung für die Stootkunst und Kultur der Moskauer Herren. „Wir zögern nicht“, heißt es in diesem Blatt u. a., „uns Überzeugung zu verschaffen, daß die Bolschewiken in ihrer Einstellung der Pakte Demosie vernünftigen Begriffs der polititione Verhältnisse eines Kompromisses erbracht, lit in den moralischen Rang der Nationen erhoben hat, die für die leidende Menschheit Träger einer Kulturmission sind (!)“ Und mit Verbogen titiert der konfervative „Gas“ eine Äußerung der Wiener „Stunde“: „Se zeige ich jetzt, daß die europäischen Großmächte eing darin sind, daß das Deutsche Reich noch des Viererpaktes nicht mehr in Frage komme als Faktor dem Wiederaufbau Europas, und daß die Arbeit, die es sich selbst in der Vergangenheit an Europa und an die Welt herangetragen hätte, der Deutschland isolierende Rang lei, erschauen sich, einen unklaren Stellen im Süden, heute erschließen

Somit ist die „Klosterklausur“ schließlich doch nun zwar kirchlich erklärt, daß die Societätian „kein besonderes Interesse an der Reijision der Verträge besitzt und daß ihrer grundsätzlich feindlichen Haltung gegenüber dem „Verfallenen System zur theoretische Bedeutung zukomme“. Das ist ab nichts Neues. In Deutschland hat man auch früher niemals im Ernst daran geglaubt, daß die Societätian sich einmal von sich aus aktiv für einen Rückgang des Vertriebses auf Deutschland einlegen werde. Wenn sie jetzt die Dakte abgeschlossen hat, so bedeutet das noch nicht, daß sie fernerhin ihren engtägig und eindeutig in die Front der Reijisionsgegner stehen. Polen und Frankreich eingeklinkt ist. Für das deutsch-russische Verhältnis gilt noch nie vor der Zeit nur kurzes veräußertes Berliner Vertrag. Trotzdem aber ist es, daß sich die deutsch-russischen Beziehungen aktiv zu einer Besserung hinwenden werden. Die russische Politik wird sich einhalten. Somit besteht in der Tat die Gefahr, daß das Wirklichkeit war, was die „Polen firm jetzt plausibel als vollendete Tatsache vorgezeichnet zu können: Daß sich nämlich in Osteuropa eine völlige Umgruppierung objektiv, die sich gegen den auswirken muß, der sich von einer Mitwirkung daran auszuhalten läßt.

Dr. Kredel.

Dr. Kredel.

## Selbsthilfe der Banerischen Ostmark.

Die Bagerei des Osmak ist von zwei großen Gefahren bedroht: Von außen durch das jenseitige volks- und wirtschaftspolitische Vordringen des Sowjetentums, von innen durch eine zunehmende wirtschaftliche Notlage, die wiederum in vielen Punkten eine unmittelbare Folge der politischen Maßnahmen jenseits der Reichsgrenze ist. Die wirtschaftliche Notlage des Grenzgebietes ist geradezu "Bagerei" geworden. Die Bevölkerung ist in den letzten Jahren in wirtschaftlich fast jedes Grenzgebiet, in dem Wall einer dichten bodenständigen Bevölkerung. In weiten Gebieten der bagerei des Osmak ist — unter der Voraussetzung der Fortdauer der augenblicklichen Notlage — nur zumeist möglich: entweder die Bevölkerungssteile, die innerhalb des Gebietes keinen Lebensraum mehr finden können, wandern aus, oder aber es erfolgt ein Hunger und Krankheiten, die zumeist in Folge der Notlage entstehen. Die starke Entvölkerung und damit der Verlust der Widerstandskraft des Grenzgebietes. Solche Abhilfe ist eine selbständige Notwendigkeit.

Für die Selbsthilfe der bürgerlichen Oltmark auf nicht Gebiet hin bereits getroffene Vorarbeiten geleistet. Zu dem Zweck, die Oltmark zu einem überdeutlich wirtschaftlich der bürgerlichen Oltmark haben sich eine große Zahl der wirtschaftlichen Unternehmungen des Grenzgebietes — von und Markterreichung zusammenzufassen. Eine genaue

aller Erzeugnisse, die diese Betriebe zu liefern in der Lage sind, findet sich im dem Büchlein „Die Bayerische Ostmark bedroht!“\*)

Wirden so die bereits in den Grundrissen vorhandene Gemeinschaft des Kampfes für die Markterleichterung und Markthauptsetzung die Förderung durch die planvolle Ökopolitik des neuen Deutschland erfahren, so ist es weiter notwendig, das Grenzland auch verkehrspolitisch wesentlich mehr als bisher mit dem gemeinheitslosen Volkskörper in Zusammenhang zu bringen. Die grundlegende Veränderung des Grenzcharakters und die dadurch hervorgerufene soziale Lageveränderung, die sich aus der Ausdehnung des Ausmaßes eines großen einheitlichen Verkehrsnetzes durch Grenz-entlang, etwa in der Richtung Ostsee—Marktredwitz, der östbayerischen Wirtschaft die Möglichkeit der unabänderlich notwendigen Nord-Süd-Orientierung zu geben. Für die Produkte der bayerischen Ökumark bedeuten die großen Umwege, die gegenwärtig gefahren werden müssen, eine schwere Belastung mit Zeit- und Transportkosten, die sich nicht durch die Vorteile der Grenzpfandposten, durch die vielfach die östbayerischen Produkte auf dem Markt der Warenverkehrsfläche und der Markteinfachigkeit ist auch der Unternehmenseinrichtungen, für die jedoch der Ausbau des Verkehrsnetzes Voraussetzung ist.

Dennoch das ist das wesentliche Neue, was das Preussische Land-  
 tereffenden aus binnenbeutlichen Gebieten, daß die Bevorr-  
 Genggebietes eine unerschöpfte Verleihung ihrer besondern  
 sei, fallen in einem Staat in sich zusammen, der nach dem  
 „Gemeinnutz vor Eigennutz“ aufgebaut ist. Ein solcher  
 „Grobrik his zur Heimarbeit“ — wir gemeinamen Markt

\*) „Die bayerische Ostmark bedroht.“ Von Dr. Kurt Trampler. Mit einem Geleitwort von Ministerpräsidenten Siebert. Edwin Runge Verlag Berlin.

# Industrialisierung Ostpreußens.

Die Zeit der „Offthilfe“, die dem Osten den Ruf, von Almosen und Liebesgaben zu leben, eingebracht hatte, ist heute vorbei. Diese Art von Offthilfe hat die Aufgabe, die es zu lösen galt, nicht erfüllt; sie hat bestenfalls ausgereicht, schwache Betriebe zeitweilig vor dem völligen Zusammenbruch zu retten; aber sie war nicht infundiert und war wohl auch gar nicht dazu berechtigt, einen Geldantrag aus dem Grund aus herbeizuführen. Der Osten war wesentlich unter den Auswirkungen der Verfallender Grenzverrichtungen — in Ost geraten, weil er bei schlechten Agrarpreisen die Schulden, Steuern und Abgaben nicht mehr aufbringen vermochte. Es ist nun aber offenbar ein wenig sinnvolles Beginnen, einem Betriebe die aufgelaufenen Schulden abzunehmen, ohne die Umstände zu beseitigen, die zu jener Überforderung geführt haben, denn aber kurz oder lang wird der Betrieb dann wieder in dieselbe lebensgefährliche Lage geraten. Wenn dem Osten wirklich geholfen werden sollte, dann müßte man ihm Arbeit geben, ihm ausreichende Preise für seine Produkte verschaffen und ihn vor junkskapitalistischer Ausbeutung schützen. Was die Preisgestaltung anlangt, so ist seit dem 30. Januar d. J. auf handelspolitischem Gebiete schon manches geschehen. Aber das gesamte Preisproblem für ganz Deutschland in einer den Bedürfnissen der östlichen Landwirtschaft gerecht werdenden Weise geregelt wird, ist man nach der Berufung des Bauernführers Vorre zum Landwirtschaftsminister annehmen berechtigt.

Nun hat die nationalsozialistische Regierung auch die dritte Seite des ostpreußischen Wirtschaftsproblems, die Arbeitsbeschaffung, in Angriff genommen. Was nach der kurzen nur Gegenstand theoretischer Erörterungen war, was von mehr oder weniger gelehrten Köpfen als „unmöglich“ abgelehnt wurde, ist jetzt zum Reichsbedacht erhoben worden: Ostpreußen wird industriell erst. Das ist ein Beschluß von revolutionärer Bedeutung. Revolutionär in volkswirtschaftlicher, brookwirtschaftlicher und schließlich auch in außenpolitischer Hinsicht. Reichskanzler Adolf Hitler und Oberpräsident Erich Koch sind die Initiatoren dieses Beschlusses. In Ostpreußen werden Fabrikbetriebe der „im Reich“ bereits bestehenden Industriebetriebe geschaffen; Betriebe der metallverarbeitenden Industrie, der Textilindustrie, der Holzindustrie, der Lebensmittelindustrie, werden nach Ostpreußen verlegt. Diese Betriebe sollen möglichst nicht in die großen Städte gelegt werden, sondern in die ländlichen Bezirke. Auf diese Weise soll eine gesunde Mischung von Landwirtschaft und Kleinindustrie erzielt werden. Diese organische Verbindung von Landwirtschaft und Industrie wird dadurch noch fester gelöst werden, daß den Arbeitern und Angestellten der neuen Industrie Betriebe und Werkstätten zur Verfügung gestellt werden, um nebenbei in der Landwirtschaft tätig zu sein. Das Ziel ist die Schaffung einer wirtschaftlichen Struktur, wie sie etwa im Württembergischen besteht und sich dort auch in den schlimmsten Krisenzeiten verhältnismäßig gut bewährt hat. Die neuen Industrien werden zunächst den Eigenbedarf der Bevölkerung decken; es wird aber auch, sofern die Produktion die Aufgabenstellung der ostpreußischen Wirtschaft übersteigt, dafür Sorge getragen werden, daß ihre Erzeugnisse „im Reich“ Absatz und lobende Auswertung in die benachbarten östlichen Agrarländer finden. Für die Veranlassung der erforderlichen Rohstoffe soll der billige Seemag nutzbar gemacht werden. Um die räumliche Dezentralisierung der ostpreußischen Industrie zu erleichtern, ist der Ausbau der schon bestehenden und gegebenenfalls auch die Schaffung neuer Wasserstraßen ins Auge gefaßt. In erster Linie ist hierbei an den Bau des Memelischen Kanals und an die Verlängerung des Oberländischen Kanals bis Allenheim gedacht. Die Lebensfähigkeit der neu zu schaffenden Industrien wird durch die bevorzugte Zuweisung von öffentlichen und teilweise auch privaten Aufträgen sichergestellt. Neben diesen und anderen Maßnahmen ist der Ostpreußen auch ein weiterer umfangreicher Ausbau der kulturellen Zentren Ostpreußens geplant. „Vor allem soll die Königsberger Universität zur Rationaluniversität ausgebaut werden; und Ostpreußen soll ein großes Nationaltheater erhalten. Die Albertina soll die Hochschule werden, die mit ihrer wissenschaftlichen und erzieherischen Arbeit nicht nur der beherrschenden Brennpunkt des deutschen Westens“

(Fortsetzung von Seite 286.)

In selbstverständlicher Volkskameradschaft eine Kasse Unternehmung zu machen wollen, zwischen den Grenzgebieten, die heute die Kämpfer an der vorderen Fronten sind, und zwischen der kulturellen Fronten, die durch deren Widerstandspunkt gesichert sind. Nichts ist selbstverständlicher, als daß die erhöhte Leistung der Grenzgebiete für das gemeinsame Volk zugleich erhöhte Leistungen des Ganzen für die Grenzgebiete bedingt. So wird auch in der bayerischen Ostmark die Offthilfe des erneuerten Reiches nicht eine Politik der Subventionen sein, sondern eine sinnvolle, verantwortliche Förderung der eigenlebendigen Kräfte der Selbsthilfe, denen das neue Reich die Möglichkeiten geben wird, ihre eigene Kraft und den Dienst der Grenzgebiete zu stellen und die ihre Kräfte nun nicht mehr in der bayerischen Grenzverfallenen müssen, als das übrige Deutschland den gesamtdeutschen Sinn ihres Kampfes verleiht und diesem Kampf durch den Einsatz aller Kräfte zum Siege verhilft.

Dr. Kurt Trampler, München.

lebens im nördlichen Osten ist, sondern auch eine Kraftquelle deutschen Kulturmillens unter den Völkern des Ostens darstellt.

Die brookwirtschaftliche Bedeutung dieser Maßnahmen liegt auf der Hand. Ostpreußen wird nicht mehr, wie bisher, gemangelt sein, den größeren Teil seines brookwirtschaftlichen Lebens aus dem Ausland zu beziehen. Es wird nicht mehr, wie bisher, nachgebotenen Bauernhöfen selbst Brot und Arbeit zu geben. Es wird darüber hinaus infolge des „Arbeitskräfte, aus dem Reich“ heranzuziehen und sie in seinen ländlichen Bezirken als Industriearbeiter mit eigenem kleinen Verdienst bodenständig zu machen. Für die bäuerlichen Betriebe werden durch die Schaffung florierender Absatzmärkte in Gestalt der Industriehöfen bessere Lebensbedingungen geschaffen, damit werden auch die damit verbundenen natürlichen Siedlung günstiger Lebensbedingungen geboten. Ostpreußen gehört heute mit 61 Menschen auf den Geviertekilometer zu den am dünnsten besetzten deutschen Provinzen. Mit landwirtschaftlicher Siedlung allein läßt sich selbst bei Aufteilung aller großen Güter diese geringe brookwirtschaftliche Bevölkerung nur um einige Hundertteile erhöhen. Die Ostpreußische Volksgefäß, berechnete 1931, daß für Bevölkerungszunahme von rund 100000 Faktor für die Anlagensiedlungen 3000 Hektar zur Verfügung steht; damit könnten also nur rund 10000 Anlagensiedlungen errichtet werden. Selbst bei Aufteilung aller vorhandenen Flächen über 100 Hektar würden lediglich 51 000 Stellen geschaffen werden können. Eine brookwirtschaftliche Politik, deren Ziel eine wirklich großartige Vermehrung der Zahl der ostpreußischen Bevölkerung ist, kann sich nicht allein auf die landwirtschaftliche Siedlung beschränken. Selbst wenn man sich auf die vorhandenen Menschen beschränkt und darüber hinaus auch noch in größerer Zahl „aus dem Reich“ Menschen an sich heranziehen können, dann ist das nur durch die Schaffung industrieller Arbeitsmöglichkeiten erreichbar. Bauern- und Industriehöfen müssen nebeneinander entstehen.

Nicht geringer ist die wirtschaftspolitische Bedeutung der Industrialisierungsmaßnahmen der nationalsozialistischen Regierung. Das wirtschaftliche Schwerkriegs Deutschland hat sich im Laufe der letzten Jahrzehnte nach der Mitte und zum allem nach dem Westen hin „im Reich“ daran gewöhnt, das deutsche Wirtschaftswesen in seiner Gesamtheit vom Westen her zu beurteilen und zu leiten, eine Handelspolitik zu betreiben, die in erster Linie den übermächtigen Interessen des Westens entsprach, und den Osten, der allem den industriearbeitenden Völkern, mehr oder weniger als ein bloßes Objekt der deutschen Wirtschaftspolitik und Handelspolitik zu betrachten, dem Osten den Agrargebiet Ostpreußen als „industrielle“ „Produzent“ sein eigenes Schwerkriegs erhalten. Es soll nicht nur in stand gesetzt werden, seinen Eigenbedarf an bestimmten Industrieprodukten zu decken. Sondern es soll auch so stark mit industriellen Anlagen durchsetzt werden, daß es auf dem „Innenmarkt“ des Reiches als Lieferant auftreten und auch als industrieller Exporteur in den agrarischen Nachbarländern auftreten kann. Das ist ein großer Schritt, der einmal die sich schon seit langem als wirtschaftliches „Vindictum“ von den baltischen Staaten und der Sowjetunion demüht hat, werden hier neue Aufgaben ermahnen. Ostpreußen wird für den gesamten Nordosten Europas eine erhöhte wirtschaftliche Bedeutung gewinnen.

Hierin vor allem liegt auch die außenpolitische Bedeutung der Industrialisierung Ostpreußens. Es ist ein politischer Vorposten, ein Reichs- und kann als solcher um so härter nach außen wirken, je gesünder seine Wirtschaft besteht, je volkreicher es ist und je gesünder und aktiver es als kulturelles Kraftfeld des Deutschen auftreten kann. Auch die polnischen „Ansprüche“ auf die Provinz werden, wenn deren Wirtschaft erkrankt und deren Volkzahl leidet, in wesentlich anderem Lichte erscheinen. Die polnische Propaganda wird sich anders verhalten, wenn die Ostpreußen, die sie einmal mit sich stellen müssen, daß ihre Behauptungen von der „nationalen Entlohnung“ Ostpreußens (von der übrigens niemals die Rede sein konnte) und von der „naturnotwendigen „Verarmung“ der Provinz (die übrigens niemals „naturnotwendig“, sondern eine Folge des Verfallender Diktates und einer verkehrten Wirtschaftspolitik der früheren Berliner Regierungen) mehr allzu leicht zu widerlegen sind. Von Polen wird die Industrialisierung Ostpreußens nicht nur deshalb unpopulär sein, weil sie ihnen das Jonglieren mit falschen Argumenten erschwert, sondern weil sie darin eine Maßnahme erblicken, die sehr wohl geeignet ist, ihnen ihre baltischen Machtpunkte gründlich zu verderben. Von Vorschau aus gesehen, ist eine Industrialisierung Ostpreußens ein wirtschaftspolitisch und außenpolitisch ein „Machtkampf“. Sie ist ein Kampf um den deutschen Osten, um den baltischen Raum. Es ist notwendig, daß man die Maßnahmen der Reichsregierung auch in Deutschland unter diesem Gesichtspunkt bewertet. Es handelt sich zunächst darum, Ostpreußen aus seiner wirtschaftlichen Notlage herauszuheben, indem man seine Wirtschaft auf eine breitere, eine agrarisch-industrielle Basis stellt. Diese Hilfe, die eine Ehrenpflicht des Reiches gegenüber Ostpreußen ist und mit der Adolf Hitler die Kreise der Ostpreußen lehnt, ist es jedoch aber nicht Selbstzweck. Sie ist ein Schritt, allerdings eine sehr wesentliche Etappe auf dem Wege der nationalsozialistischen Politik, deren oberstes Gesetz es ist, Lebensraum für das deutsche Volk und Ausbreitungsmöglichkeiten für die deutsche Politik nach Osten zu schaffen.

## Wirtschaftshilfe für den Osten.

### Die Bewährungsprobe der nationalsozialistischen Revolution.

Die „Ostpreussische Zeitung“ schreibt über die geplante Industrialisierung Ostpreussens u. a. folgendes:

„Offspring ist heute wieder heiliges Land. Offspring führt heute — wie einst Schwaben des Deutschen Reiches Stürmungskraut, Und Offspringen wird jetzt dabei wieder die Jungbrunnen deutscher Volkskraft werden ... Einhundert Jahre hat das deutsche Volk aus dem Tode der schwärzenden Kreuzritter gerettet. Jetzt wird Offspringen aufs neue in die Summe deutscher Volkskraft einbezogen. Und Offspringen wird die deutsche Volkskraft gefestigt werden, sollen nicht nur Menschen und Wirtschaftskräfte in Land ziehen. Wie das Straßburg des Kaiserreiches auch geteilt auf der Wacht nach Westen lag, so soll Königsberg im Dritten Reich, nachdem sich der Blick wieder dem Osten zugewandt, Volk- und Brücke, Wehrer und Wirt zugleich werden. Die neue deutsche Volkskraft wird sich hier zeigen. Sie hat ihr gigantisches Werk im Angriff genommen, dessen Vollendung ermöglicht wird durch die voraussetzungslose Eingabe und die unbedingte Disziplin, die der Führer der deutschen Erhebung jetzt in seinen Reden forderte. Adolf Hitler hat der Revolution sein Gesch gegeben. In seinem Geiste wird sich die entseffte Kraft der Nation an den Wiederaufbau des deutschen Reiches setzen. Und hier auf dem Sonnenberg der Schalks leben die große Erhebungsmasse der Revolution ablegen.“ So wie Malinski durch die Austrocknung der Postinsulaner Sumpfe seinem Land mitten im Frieden eine neue Provinz eroberte, so will auch Hitler neues Land schaffen mit dem Plane, die gegenwärtig wichtigste Provinz Deutschlands innerlich wieder lebensfähig zu machen. Es ist die nationalsozialistische Revolution in seiner Artigkeit wieder so eng mit dem Kulturwerk der alten Ordensritter verbunden wird. „Doch er dort wieder anknüpft, wo die Ritter, wo die Könige aufhörten.“

### Ostpreußen als Verpflichtung.

Zum Sonnenwendtag brachte die „Königsberger Allgem. Zeitung“ unter der Überschrift „Ostpreußen als Verpflüchtung“ ein Bekanntnis der Jugend zum ostpreussischen Grenzland; es heisst dort u. a.:

Der Jugend sind Aufgaben mitten in der politischen Gesellschaft, und weil sie es bewußt mitgeteilt in ihrer ganzen Leidenschaft und ihrer ganzen Erlebnisfähigkeit, trägt sie des Volkes Zukunft. Und in dem Maß, in dem sie sich dessen bewußt wird, erkennt sie auch nicht die Aufgaben, die ihr gestellt sind. Denn diese Jugend ist oft orientierungslos und sie werten sie vor dem. Und sie ist es doppelt in unserer Heimat, die fremde Mordgräber umbrant. Weil sie hier Aufgaben sieht und Verpflichtungen fühlt. Und weil sie als aufreißende Jugend foli die Vergangenheit des preußischen Werdens durch die Zeit trägt als Verheißung an die Zukunft.

Wo aber liegt ihre ostpreussische Aufgabe? Ostpreußen ist Grenzland. Das bedeutet Aufgabe und Pflicht zugleich. Aufgabe — daß wir dessen innewerden und erkennen, was von uns gefordert wird. Pflicht — so zu handeln, als hinge, wie Siechte einmal sagt, das Schicksal der Nation von der Arbeit das einzelnen ab.

Wir sind Grenpland. Und da haben wir zugleich die erste große Aufgabe unserer Jugend, die hier noch viel stärker und gebieterischer Erfüllung fordert, denn anderwärts, weil sie ein Wall ist zum Schutz des Deutshums: die Erziehung zur Heimat.

Gerade eine Bevölkerung, die oft in der Geschichte ein hartes Geschick traf, hat es dabei doppelt empfunden, daß es nicht Gefühlsduselei ist und nicht schwärmerische Romantik, wenn der Deutsche heißen Herzens seiner Heimat gedenkt. Es ist die Kraftquelle seines Herzens, der Ort, der sein Sein bestimmt.

„Opfereuche sein, es heißt oben Pflichtgemäß am Deutschland sein. Die Triebkraft des unmittelbaren Handelns ist der nationale Gedanke, der uns zu dem Kampf um die deutsche Seele zwingt. Ein Volk ist um so härter, je mehr Gedanken und Empfindungen in Herz und Kopf aller lebendig sind, je mehr der gemeinsame Geist gefüllt, das Gemeinwesen erlebt wird. Die Grundlage wiederum dieses gemeinsamen Fühlens ist das Ergebnis der gemeinsamen Heimat.“

## Arbeitsdienst in Dania

Durch Bescheid des Senats vom 4. Juli wurden Dipl.-Ing. Haag zum Sekretär beim Amte für Arbeitsbeschaffung und Bergbauweibster a. D. und Ing. v. Seebies zum Oberregierungsrat für den freiwilligen Arbeitsdienst ernannt. Dipl.-Ing. Haag ist Mitbegründer und Leiter der Ingenieurtechnischen Abteilung der RSDAP, die seit Jahren die Vorbereitungen für die kommenden Gesetze zur Arbeitsbeschaffung und zur Behebung der Arbeitslosigkeit geleitet hat. Regierungsbaumeister a. D. Seebies ist der Begründer des nationalsozialistischen freiwilligen Arbeitsdienstes in Deutschland, der ohne jede Hülfe und unter den schwersten Verhältnissen in der Anfangszeit für die sich bildenden Arbeitsgruppen gesorgt hat. Unter seiner Leitung wurde in kurzer Zeit in einigen Wochen eine Arbeitsdienstschule in Soppa errichtet, in der die Führer für den Arbeitsdienst ausgebildet wurden.

### Bodenkartierung des Ostens.

Die Vermögens- und Ertragsverhältnisse der Betriebe, durch eine umfassende Bodenkartierung wichtige Grundlagen einer großartigen Siedlungs- und Wirtschaftsplanung des deutschen Ostens sicherzustellen, sind jetzt endlich von Erfolg gekrönt. Schon im vorigen Jahre ist es möglich gewesen, fast den ganzen Komplex Winterpommer Kartographisch — nach dem Verfabren von Professor H. J. Schönerling — fertig aufzunehmen. Es handelt sich bei diesem Verfabren nicht um einfache geologische Aufnahmen, sondern vielmehr um Aufnahmen, die eine geologische, geographische, naturwissenschaftliche, aber auch ökonomische Feststellung des Bodenzustandes, und die er durch Klima, Wasser- und Bodenverhältnisse, Pflanzenwuchs, menschliche Bearbeitung usw. verursacht worden ist. Um Zusammenhang mit diesen bodenkundlichen Aufnahmen werden dann weiterhin Aufnahmen über die Bevölkerungsentwicklung, die Wirtschaftsentwicklung, die Veränderungen der Bevölkerung, die Veränderungen der Wirtschaft usw. gemacht werden. Solche Kartierungen sind in Winterpommer sowohl für einzelne Güter wie für ganze Landesherrschaftsbereiche fertiggestellt worden. Da sie sich als außerordentlich brauchbar erwiesen haben, will man sie nunmehr für ganz Ostpreußen vornehmen. Reich und Staat stellen der Geologischen Landesanstalt zur Durchführung die notwendigen Mittel zur Verfügung. Die Landesanstalt wird in Verbindung mit den Siedlungsstellen, der Provinzialverwaltung, den Kreisverwaltungen, den Kreisbauvereinen, den Kolonialstellen, Reichsämtern, Siedlerberatungen und anderen Stellen arbeiten. Auch in diesem Jahre sollen die Aufnahmen für Pommer, Grenzmark und Nieder- schlesien begonnen und fertiggestellt werden. Auch Mecklenburg wird auf Grund besonderer Vereinbarungen nun schon in diesem Jahre bearbeitet. Die Weiterbearbeitung des Restes Ostpreußens soll dann im kommenden Jahre erfolgen. — Der Wert dieser Aktion muß sehr hoch eingeschätzt werden. Die Aufnahmen werden es ermöglichen, die gegebenen Boden- und Wirtschaftsverhältnisse müssen doch als Hintergrund genau bekannt sein.

## Vier Autofernstraßen im Osten.

[illegible]

Wohl selten ist ein so großzügiger und kühner Plan ohne viel Getreide von einer Regierung zum Befehlshub erhoben worden. Die Auswirkungen dieses Regierungsbefehlshubs sind von ungeheurer Tragweite: das gesamte deutsche Berkebrauwesen wird auf eine völlig neue Grundlage gestellt. Mit besonderer Genutung muß festgelegt werden, daß von den vorgelegten fünf Linien nicht weniger als vier den deutschen Ollen durchziehen, und zwar zwei Schlesien, und je eine die mittlere Oltmark und den Nordosten. Dort legt sich jedoch der Korridor als Sperrlinie in die ostholische Strecke.

**„Ostpreußen kein Bundesstaat!“**

Ministerpräsident Göring erklärte am 8. Juli, daß entgegen umlaufenden Gerüchten niemals beabsichtigt gewesen sei, Offizieren zu einem besonderen Bundesstaat zu erklären. Er sage dieses im ausdrücklichen Einvernehmen mit dem Reichskanzler. Verbreiter derartigen Behauptungen, daß eine solche Lösung angestrebt worden sei, würden der Staatsanwaltschaft zur Kenntnis gebracht.

**Bis zum**  
**20. Juli**

## Verhandlungen Danzig — Polen.

Mit dem Staatsbesuch des Senatspräsidenten Dr. Kaufhning in Warschau ist das Danziger Problem zu einem Prüfling europäischer Verhandlungsmöglichkeiten geworden. Gewiß ist eine Verständigung hier, wo eine nationalpolitische Regierung im Wideritz die, wenn es sich um politische Lebensrechte und wirtschaftliche Lebensinteressen handelt, keine schwächliche Nachgiebigkeit kennt, dann ist damit der Weg zu einer Verständigung auch im größeren Rahmen gewiesen. Das gibt den Verhandlungen, für die Dr. Kaufhning mit seinem Warschauer Besuche den Weg gebahnt hat, ihre europäische Bedeutung.

Nach dreier über Art und Umfang der bevorstehenden Verhandlungen etwas Sicheres gesagt werden konnte, glaubte die „Gazeta Polska“ mitteilen zu können, daß von Danziger Seite drei grundsätzliche Forderungen aufgestellt werden werden: Die Anerkennung der staatlichen, die Sicherung der nationalkulturellen und die Gewährleistung der wirtschaftlichen Selbständigkeit der Freien Stadt. Was die staatliche Selbständigkeit anlangt, stellte die „Gazeta Polska“ fest, so sei diese von Polen stets „innerhalb derjenigen Grenzen anerkannt worden, in denen sie durch die verpflichtenden Verträge und Abkommen festgelegt wurde.“ Es ist eine Feststellung, die gar nichts besagt, denn aber über die in den Verträgen im Abkommen festgelegten Grenzen hat es seit dem Verlehen der Freien Stadt wiederholt sehr schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten gegeben. Die Warschauer Regierung hat immer wieder versucht, die Grenzen der staatlichen Selbständigkeit Danzigs praktisch enger zu ziehen, als es nach Auffassung nicht nur Danzigs, sondern auch der Völkerbundstaaten richtig aussieht ist. Die Warschauer Regierung ist sogar noch weiter gegangen; sie hat mehr als einmal auch den Versuch unternommen, die Eigenstaatlichkeit Danzigs schlechthin in Frage zu stellen. Es ist also durchaus nicht so überflüssig, sich bei den bevorstehenden Verhandlungen auch über die staatsrechtliche Stellung der Freien Stadt zu unterhalten; und es wird nicht vollkommen den Tatsachen, wenn die „Gazeta Polska“ behauptet, daß in dieser Frage zwischen Danzig und Polen keine Meinungsverschiedenheiten beständen.

Auch der ermarteten Forderung nach Sicherung der nationalkulturellen Selbständigkeit der Freien Stadt glaubt die „Gazeta Polska“ nun vornehmen mit der klaren Behauptung bezeugen zu müssen, daß hier ebenfalls „keine größeren Schwierigkeiten“ beständen. Denn die polnische Nation habe niemals, weder zur Zeit des altpolnischen Reiches, noch nach dem Verlehen ihrer staatlichen Selbständigkeit und am wenigsten nach der Wiedereinrichtung ihres eigenen Staates, den Wunsch gehabt und den Versuch unternommen, den nichtpolnischen Bevölkerungsstellen ihre völkische Eigenart freizig zu machen! Weber die polnische Nation, noch irgendeine der polnischen Eliten hätten jemals die Polonisation der Danziger Deutschen erkräftigt; und sie beabsichtigten, das auch in Zukunft nicht zu tun. Das hört sich sehr friedfertig an. Die Tatsachen aber sprechen nur also deutlich eine andere Sprache, als daß derartig ungründliche Versicherungen und erlogene Behauptungen die Danziger Regierung veranlassen könnten, bei den bevorstehenden Verhandlungen von einer Diskussion dieser Fragen Abstand zu nehmen.

Am heikelsten er scheint der „Gazeta Polska“ der dritte Fragenkomplex: die von Danzig geforderte Gewährleistung seiner wirtschaftlichen Selbständigkeit. Hier stellt das Warschauer Regimentsblatt die Frage, ob es nicht, weder der Friedensvertrag noch die Pariser Konvention Danzig ein Recht auf wirtschaftliche Selbständigkeit juristisch hätten, weil der Zweck der durch diese Erträge geschaffenen Freien Stadt der war, den wirtschaftlichen Bedürfnissen Polens zu dienen und nicht eine eigene Wirtschaftspolitik zu betreiben.“ Volliglich durch die Warschauer Konvention ist Danzig „eine beschränkte Autonomie auf einigen Gebieten des Wirtschaftslebens“ juristisch zu werden, was eine Auslegung ausgedehnt, daß man der Freien Stadt die Möglichkeit geben müßte, sich vollständig an die durch den Friedensvertrag gebundenen wirtschaftlichen Bedingungen anzupassen.“ Das offizielle Warschauer Regimentsblatt macht also der Freien Stadt grundsätzlich das Recht auf wirtschaftliche Eigenständigkeit freizig und stellt sich auf den Standpunkt, daß allen etwa vorhandenen Verfügungen Danzigs nur der Charakter von Verwaltungsbestimmungen zukomme. Die Warschauer Regierung im Hinblick der Schlichter des Völkerrechts, die Danzig nicht einseitig das dem Sinn der geltenden Verträge. Es trifft zu, daß Danzig wesentliche Beschränkungen seines „wirtschaftlichen Eigenlebens“ zu gewanten Polens auferlegt worden sind. Diesen Beschränkungen stehen jedoch bestimmte Rechte gegenüber, die Danzig Polen gegenüber geltend zu machen vermag. Danzig vertritt den ganz selbstverständlichen Standpunkt, daß, wenn Danzig diese Rechte nicht ausüben darf, es kein Recht mehr haben kann, von Danzig die weitere Freiheit behaltung der ihm auferlegten Beschränkungen zu dulden. Wenn die „Gazeta Polska“ glaubt feststellen zu müssen, daß „die wirtschaftliche Autonomie nicht im Interesse der Danziger Bevölkerung liegt“, so ist man wohl zu der Entgegnung berechtigt, daß die Danziger wohl selbst am besten wissen müssen, was in ihrem Interesse liegt, und daß sie die Rathschläge des polnischen Regimentsblattes in dieser Angelegenheit nicht zu gern entbehren können. Die Danziger sind und waren daran haben sie niemals einen Zweifel aufkommen lassen — der Meinung,

daß die polnische Schingenspolitik den geltenden Verträgen widerspricht, daß die polnische Vorfassungspolitik gegenüber der Einfuhr Danziger Erzeugnisse in polnisches Gebiet — mit welchen Vorwänden diese Politik auch immer begründet werden mag — einen Bruch der bestehenden Verträge darstellt. Und diese Haltung der Danziger hat die Bestrebungen der Völkerbundstaaten und neutralen Selbstbestimmungsausübenden gefunden. Es kann nicht deutlich genug betont werden, daß die Polen, nachdem sie Schingen gebaut und die Lollution praktisch zum einseitigen Nachteil Danzigs aufgehoben haben, keinerlei Recht mehr haben, Forderungen an Danzig zu stellen.

Die Verleue des Warschauer Regimentsblattes, das Verlehen tatsächlicher Gegenstände in den Fragen der staatlichen Selbständigkeit und der nationalkulturellen Unabhängigkeit Danzigs einfach negieren und auf wirtschaftlichen Gebieten Danzig jedes Recht auf eigene Aktivität freizig zu machen, sind ein wenig ermutigender Aufschluß zu der von Danzig angelegten Generalbereinigung des Verhältnisses zu Polen. Je mehr man nach dem Sinn und der Absicht der Ausführungen der „Gazeta Polska“ forscht, um so mehr verläßt sich der Eindruck, daß die von Danzig ausgehenden Vermutungen um direkte Verhandlungen der polnischen Regierung höchst unbequem sind. Denn jetzt heißt es: Jarz bekennt! Und das ist den Vertretern, die gern im Erleben sifchen, noch niemals angenehm gewesen.

Am 6. Juli hatete der diplomatische Vertreter Polens in Danzig, Dr. Pappe, dem Senatspräsidenten Dr. Kaufhning einen Besuch ab, um den Aufnahm der Verhandlungen vorzubereiten. Derel am 7. Juli trat ein aus je zwei Vertretern Danzigs und Polens bestehender Ausfufß zusammen, der das Programm der in erster Linie zu behandelnden Meinungsverschiedenheiten festzulegen hatte. Diese Verlephungen wurden am 12. Juli abgeschlossen. über das Ergebnis wurde amtlich mitgeteilt, daß folgendes Verhandlungsprogramm vereinbart worden ist: 1. Die Rechte der polnischen Bevölkerung aus dem Artikel 35 des Pariser Vertrages; 2. Ausnennung des Danziger Seefens durch Polen; 3. Wirtschaftsfragen; 4. Steuerfragen; 5. verschiedene Fragen, die mit der Föhrung der auswärtigen Angelegenheiten Danzigs durch Polen zusammenhängen; 6. Valenausfufß — „Streitfragen“. Die diese Angelegenheiten sollen jetzt sechs verschiedene Kommissionen gebildet werden.

### Polen baut Ozean-Dampfer.

Polen hat befohlen, zwei Ozeandampfer für den Transatlantikkverkehr und drei kleinere Dampfer für den Verkehr mit europäischen Häfen bauen zu lassen. Angebote für den Bau dieser fünf Dampfer sind von Italienschen, holländischen, englischen und dänischen Werften eingereicht worden. Aus der polnischen Mitteilung ist nicht ersichtlich, aus welchem Grunde die Danziger Werft zu dieser Ausfchreibung nicht zugelassen wurde.

\*

### 375 Jahre Städtisches Gymnasium zu Danzig.

Am Juni d. J. konnte das Städtische Gymnasium in Danzig auf sein 375jähriges Verlehen zuruckblicken. Diese alte Bildungsinstitution ist mit dem kulturellen Aufstieg des deutschen Ostens besonders stark verbunden. Der Beginn des 16. Jahrhunderts wies der deutsche Osten außer den üblichen Lateinschulen keine höheren Bildungsinstitution auf. Die Welterschwerung des Humanismus und der Reformation veranlaßte auch im Osten die Gründung neuer Schulen. Dabei wurde 1541 das Partikular zu Königsberg gegründet, das sich bald zur Landesuniversität entwickelte. Am 13. Juni 1558 weichte Danzig sein neues Gymnasium. Nach einigen Jahrzehnten trug man der Schule eine Oberstufe an, die akademischen Charakter aufwies. Sieben Professoren hielten Vorlesungen über Theologie, Philosophie, Rechtswissenschaften und Geschichte, Medizin und Physik, Mathematik, Völkswissenschaft und Dichtkunst sowie orientalische Sprachen. Die Schüler dieser Anstalt befohen die Rechte der akademischen Bürger und durften den Vagen tragen. 150 Jahre lang war dieses Gymnasium das akademische Bildungsinstitut der polnischen Provinzialen in Norddeutschland. Studenten aus Skandinavien, den Ostsee-Randstaaten studierten hier neben den Söhnen der deutschen Städte des Weichsellandes. Nach Verleue des Danziger Gymnasiums genüßten wenige Semester an reichsdeutschen Universitäten zum Abschluß des Studiums. Die Wiener wird aus praktischen Gründen in den Herbst verlegt.

### 4000 Jahre bezeugen Danzigs Deutschstum.

Der Welterschwerer Verlag in Danzig legt hier ein Buch vor, in dem der Welterschwerer Schriftsteller die volkswirtschaftliche, geschichtliche und kulturelle Verbundenheit Danzigs mit Deutschland von den vorgeschichtlichen Zeiten bis zur Gegenwart darlegt. Auf wissenschaftlicher Grundlage wird in verständlicher Sprache die Unzerreißbarkeit seiner Beziehungen klargestellt. Alles in Danzig spricht für sein Deutschstum, und so ist das reichsdeutsche, mit Dokumenten aller Art ausgestattete Werk eine Waffe im Kampf für das Ziel, das die „Freie Stadt“ endlich zum Vaterlande zurückkehrt und dadurch ihre völkische Freiheit wiedergewinnt. Dr. R.

# Die baltischen Staaten.

## Estland.

Die gesamte Innenpolitik der letzten Zeit steht in Estland im Zeichen der Niederlage des Systems beim Volksentscheid vom 14. Juni. Der Krieg der harten politischen Fronten ist zu Ende, die Dinge sind in Fluß geraten, und man wird gut tun, auf allerbaldig Überlegungen gesetzt zu sein. Der aufmerksam Beobachter kann eine ganze Reihe von Remissen feststellen, die dieser Auflösung der Lage recht geben. An der Partei der Alltagswirte, die seit der neuerlichen Spaltung der erst vor Jahresfrist mit zulassungsgewährten großen Agrarpartei, die Alltagswirte und Rentkinder wiederum ihre eigenen Wege geht, sieht es stark danach aus, als ob eine Mauerung in Richtung auf die Freireichskämpfer vor sich ginge. Die Erklärungen, die man in der letzten Zeit aus den Reihen der Alltagswirte zu hören bekommt, klingen allerdings — wohl mit Rücksicht auf die enge Zusammenarbeit der eigenen politischen Vergangenheit — sehr gemessen, teilen im Grunde nur darauf ab, eine Befestigungsänderung sei notwendig, als je zuvor, Volk und Staat müßten so geleitet werden, daß im Volk der Glaube und die Hoffnung auf die Zukunft der Nation wieder wachse. Auch in der estnischen Studentenchaft, die in ihrem Nationalismus von jeher sehr radikal gewesen ist, macht sich eine Gärung bemerkbar, an der die Systemregierung keine Freude haben dürfte. Der Verband der estnischen Jugendlichen Korporationen hat nämlich überdurchschnittlich beschließen, an einem in ihren Alltagswirten geplanten, gegen die Vorparter und Revaler Studentenchaft nicht teilzunehmen. Besonders interessant ist, daß die Alltagswirteorganisationen der Studenten Korporationen, deren Mitglieder vielfach hohe Staatsstellungen einnehmen, diesen Beschluß ausdrücklich gebilligt haben. Der Fackelzug fand statt, indessen ohne Beteiligung der Korporationen. Eine nie große Bedeutung in Regierungskreisen dieses Ereignis begriffen wird, ergibt daraus, daß Außenminister Piip, wie verlautet, noch in letzter Stunde den Beschluß gemacht hat, die Verbandsleitung der Korporationen zu einer Änderung ihres Beschlusses zu veranlassen. Jegfallschaft zu werden verdient ferner, daß die Gerichte um Konstantin Piip, einen der aussichtsreichsten Anwärter auf den neu zu schaffenden Posten eines Staatspräsidenten, nicht verurteilen wollen. Es heißt, er habe Verbindungen mit den Freireichskämpfern angeschlossen. Auch ist allgemein bemerkt worden, daß Piip es stets vermieden hat, sich in der Öffentlichkeit auf den Verfassungsänderungsentscheid der Systemparteien festzulegen. Die Rundfunkrede für die Verfassungsänderung, die er halten sollte, hat er nicht gehalten.

Die politischen Parteien des Systems und deren Presse, die durch den völlig unerwarteten Ausgang des Volksentscheides vom 14. Juni die Stellung verloren und in Verwirrung geraten waren, fangen nunmehr an, sich zu befehen und der Abwehrkampf gegen die Erneuerungsbewegung wieder aufzunehmen. In den ersten Tagen nach dem Volksentscheid konnte man in den Spalten der Systempresse lesen, es wäre jetzt das Gebot der Stunde, einen Parlamentsbeschluss über Selbstauflösung herbeizuführen, da die gegenwärtige Zusammensetzung der Staatsversammlung der Stimmung der Wählermassen in keiner Weise mehr entspräche. Heute sind solche Äußerungen beginnender besserer Einsicht wieder verstummt. Auf der ganzen Linie der Systemblätter hat ein erbitterter Feldzug gegen die Freireichskämpfer eingeleitet. Dieser Feldzug wird sehr geschickt geführt, indem das zeitliche Zusammenfallen des Annahens der Freireichskämpferbewegung in Estland mit der Mächtigkeitsgreifung durch Adolf Hitler in Deutschland dazu benutzt wird, um eine enge Verbindung zwischen deutschem Nationalsozialismus und estnischer Erneuerungsbewegung konstruieren, eine Verbindung, die jedoch keinesfalls tatsächlich besteht hat. Die Systempresse rechnet hierbei mit der tiefwurzelnden Abneigung vieler estnischer Kreise gegen das Deutschtum und der Furcht dieser Kreise vor einer angeblichen deutschen Gefahr für das Estentum. Sie hofft, die Freireichskämpfer auf diese Weise in den Augen des estnischen Volkes ein für allemal unmöglich zu machen. Um diese Gedankengänge zu klären, wird das gesamte deutsche Schrifttum, insbesondere natürlich nationalsozialistische Schriften, nach Äußerungen durchsucht, die den sogenannten deutschen „Drang nach Osten“ belegen sollen. Unter diesem „Drang nach Osten“ will die estnische Systempresse nicht etwa eine deutsche Politik friedlicher politischer und wirtschaftlicher Annäherung an die nordosteuropäischen Staaten unter selbstverständlicher Achtung der Lebensrechte ihrer Völker verstanden wissen, wie sie tatsächlich nach nationalsozialistischer Politik angestrebt wird, sondern die angebliche Ziel der neuen Deutschland, innerhalb der politischen Grenzen des Reiches alles zu vereinen, was deutsches Abstammung ist, also auch die baltischen Staaten und Völker in ein künftiges Großdeutsches einzuverleiben.

Angenommen dieser Hehe kann nicht oft genug auf die für jegliche nationalsozialistische Politik einzig und allein maßgebenden Ausführungen Adolf Hitlers in seinen großen außenpolitischen Reden eingegangen werden. Mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit hat unter Volksskanderbiere erklärt, daß der Nationalsozialismus nicht darum denkt, andere Völker zu germanisieren. Gerade die fanatische Liebe zum eigenen Volke macht es Nationalsozialisten unmöglich, andere ebenso ehrende Nationen zu knechten und in ihren Lebensrechten zu beeinträchtigen. R. G.

## Letland.

Der Führer der deutschen Fraktion im lettischen Parlament, Dr. P. W. Schiemann, ist von seinem Posten als Abgeordneter der „Rigischen Rundschau“, der führenden deutschen Tageszeitung Lettlands, zurückgetreten. Dr. Schiemann, der sich seit dem Frühjahr krankheitsbedingt im Auslande aufhält, hat über 25 Jahre die „Rigische Rundschau“ als Abgeordneter geleitet. Seine Tätigkeit als Führer der deutschen Fraktion im Parlament beschäftigt Dr. Schiemann im Herbst wieder auszuüben. Die Leitung der „Rigischen Rundschau“ hat Baron Ferdinand von Urküll, der bisherige Abgeordneter der in Wien erscheinenden deutschen Minderheitenzeitung „Nation und Staat“, übernommen.

(An der nächsten Folge des „Ostland“ werden wir einen längeren Artikel über die Auswirkungen des Nationalsozialismus auf das baltische Deutschtum veröffentlichen.)

## „Reservearmeen“ in Polen und der Tschechoslowakei.

Unter französischem Einfluß und nach französischem Muster ist die militärische Jugendausbildung in Polen und in der Tschechoslowakei organisiert. In Polen liegt die vormilitärische Ausbildung in Händen des „Staatsamtes für körperliche Erziehung und militärische Vorbereitung“, das dem Kriegsministerium untersteht und entsprechend den Korps-, Divisions- und Regimentsbezirken gegliedert ist. Die „militärische Vorbereitung“ hat die Aufgabe, die noch nicht wehrfähigen Polen für den Herkessdienst vorbereiten und die über 18-jährigen (Kriegsdienst) im Wehrdienst zu üben. Träger der Ausbildung ist das aktive Regiment, das Offiziere und Unteroffiziere als Lehrpersonal und Waffen zur Verfügung stellt. Division und Armeekorps haben Aufsichtsbefugnisse. Die Ausbildung findet u. a. in Sommerlagern in 6- bis 8-wöchigen Kursen und häufig zusammen mit der aktiven Truppe statt. Sie ist freiwillig, die Freiwilligkeit ist aber weitgehend durchzusetzen, ihr wird ein Gehalt gegeben, daß die Teilnehmer die Leistungen für ihre Militärdienstzeit erhalten. Dem Jahr 1932/33 hat der Staat 8 Mill. Zloty für die „militärische Vorbereitung“ aus. Mit der Ausbildung außerhalb der Armee befaßt sich:

1. Der Schützenverband, die weitest große, staatlich anerkannte Organisation für militärische Ausbildung außerhalb des Armeekorps. Er umfaßt bis zu 300 000 Mitglieder, die uniformiert, militärisch organisiert und in großem Maßstab ausgebildet sind wie die Armee. Durch Verordnung des Kriegsministeriums vom September 1932 erhielt der Schützenverband den Charakter einer offiziellen Miliz als Bestandteil der polnischen Wehrmacht; der Leiter des Verbandes erhielt offiziell den Grad eines Brigadegenerals und wurde in das Kriegsministerium aufgenommen. Von der Seite her ist ein aktiver Offizier, der ersten Befehlshaber der Armee (Generalcommando) haben. Der Verband über den Teil des Schützenverbandes ihres Bezirks. Demnach beim Schützenverband wird auf die Militärdienstzeit angerechnet.

2. Die Föderation der osterrussischen Verbände (Polnische Legion ehemaliger Soldaten). Sie umfaßt 31 Militärbünde mit etwa 500 000 Mitgliedern. Ihr Ziel ist, in jeder Wehrmacht ein eigenes Infanterie-Regiment und eine Kavallerie aufzustellen.

Der Sokol umfaßt etwa 120 000 Mitglieder, die unter Leitung aktiver Offiziere an der Wehr ausgebildet werden. Der Sokol wird vom Staat großzügig finanziert.

Die Tschechoslowakei ist in ähnlich geartete Aufstellungsbünde, Verbände und Kadettenverbände der Wehrprovinzen.

In der Tschechoslowakei findet die vormilitärische Ausbildung gleichzeitig mit der Ausbildung außerhalb der Armee in Wehrverbänden ufm. statt.

1. Der Sokol umfaßt in mehreren tausend Vereinen etwa 600 000 Mitglieder. Diese werden mit der Wehr unter Leitung aktiver Offiziere und Unteroffiziere regelmäßig ausgebildet. Die Ausbildung findet mit Gewehr, Mähklingenschein, im „Bajonett“ stehen ufm. statt.

2. Der Schützenverband verfolgt dieselben Ziele wie der gleichnamige polnische Verband; er hat ein ausgeprägtes militärisches Ausbildungsprogramm und betreibt Schießen, Feldübung, Waffenkenntnis ufm. in enger Verbindung mit der Armee. Er hat etwa 150 000 Mitglieder.

3. Der Ordo betreibt obligatorische Wehrvorbereitung seiner etwa 125 000 Mitglieder.

4. Die Tschechische Nationalgarde ist uniformiert und bewaffnet. Sie betreibt völlig militärische Ausbildung unter Leitung aktiver Offiziere und Unteroffiziere und in gemeinsamen Übungen mit der aktiven Truppe. Etwa 15 000 Mitglieder.

5. Die Mähkling-Tagiliga, die etwa 100 000 Mitglieder umfaßt, ist die größte freiwillige Jugendorganisation und steht in enger Verbindung mit der Armee. Ihr Vorkörper ist ein aktiver General.



## Aus dem Lande der „moralischen Sanierung“.

## Deutsche werden überfallen.

Der deutsche katholische Männer-Verein Rattow veranlaßte am 3. Juli ein Gartenfest. Wohlthätig erliefen der Führer der Rattower Aufständischen in betrunkenem Zustande in Begleitung mehrerer Aufständischer, die gleichfalls betrunken waren, im Garten. Die Eindringlinge forderten die Teilnehmer auf, nur polnisch zu sprechen, da sie mißverstehen, was den Garten verlassen müßten. Die Mitglieder des Männer-Vereins mußten mit ihren Angehörigen den Garten räumen. An eine Fortsetzung des Festes war natürlich nicht mehr zu denken.

In Eichenu wurde eine Gruppe von deutschen Sportleuten, die von einer Fohnenweibe zurückkehrten, von Aufräubern überfallen. Mehrere Sportleute wurden so schwer verprügelt, daß sie ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußten. Nach diesem Überfall versammelten sich die Wandalen vor dem Hause eines Deutschen im Dorfe, um ihr Unwesen fortzusetzen. Ein inzwischen eingetroffenes verstärktes Polizeiaufgebot machte jedoch dieses Treiben ein Ende.

Deutsche Redakteure werden verurteilt.

Der vorantretliche Schriftleiter des „Ober-schleſiſchen Kuriers“, Kroczeck, wurde vom polniſchen Gericht in Königsbrette wegen angeblichen Betratts von militäriſchen Geheimniſſen zu einem Monat Arreſt und 550 Zloty Geldſtrafe verurtheilt. Er handelte ſich ab, daß das polniſche Verurtheilung nicht widerſpreche, und dieſelbe ſankte in dieſem Sinne. Armeesekretäre hatten. Dieſe Melbung war bei englischen Preſſe entnommen und war auch von Blättern anderer Länder bereits gebracht worden. Der Angeklagte ſah auf dieſe Caluſſie hin und erklärte, daß von einem Betrat militäriſcher Geheimniſſe nicht mehr die Rede ſein konnte, nachdem die verurtheilten auswärtigen Blätter dieſe Melbung bereits veröffentlicht hatten. Er ſah die Verurtheilung als Scherzgebändiger an, und ſagte, daß die polniſche Preſſe ſich in dieſem Sinne vertrat jedoch den Standpunkt, daß der Schriftleiter des „Oberſchleſiſchen Kurier“ doch als Betrat militäriſcher Geheimniſſe aufgefaßt werden müſſe. Dieſem Gutachten ſchloß ſich das Gericht an.

Der verantwortliche politische Redakteur der „Deutschen Rundschau“ in Polen wurde vom Dombrogener Bürgergericht zu einem Monat Haft und 300 Taler Geldstrafe, im Nichtbeitragsfalls zu weiteren 30 Tagen Haft verurteilt. Die „Deutsche Rundschau“ hatte am 11. Januar d. J. unter der Überschrift: „Ein lebenswichtiger Artikel des evangelischen Kirchenrates in Polen“ einen Artikel veröffentlicht, aus dem hervorging, daß eine Angelegenheit der deutschen Minderheit angeklagt waren, angeblich in den evangelischen Kindergottesdiensten, die sie in den Dörfern abhielten, deutschen Sprachunterricht erteilt hätten. Dieser Prozeß hatte in An- und Auslands ein berechtigtes Aufsehen erregt. Die beiden Angeklagten wiesen einmündig nach, daß ein Kindergottesdienst in vielen Gegenden Westpolens heute nicht mehr möglich sei, weil die deutschen evangelischen Kinder aus den Schulen in der goldenen Schriftsprache noch nicht des Rumänischen kundig sind. Die „Deutsche Rundschau“ hatte ferner Stellungnahme zu diesem Prozeß in einer verhältnismäßig eingehaltenen Artikel geschrieben, für den jetzt der verantwortliche Redakteur verurteilt worden ist.

**Erpreßte Unterschriften.**

Die Polen haben schon wiederholt den Versuch gemacht, Angehörige der deutschen Minderheit ihres Staates in den Rahmen ihrer deutschfeindlichen Propaganda einzufassen. Einen solchen Versuch haben die „*deutsche Arbeiterpartei*“, „*razet*“, „*natwawna*“ und „*Volksgefährt*“ dieses Landes wurden in allen Städten und Ortschaften Polens Entschließungen gefaßt, in denen für das „*polnische Meer*“ demonstriert und gegen die deutschen Ansprüche auf Pommernland protestiert wurde. Um nun überall eine einseitige Annahme dieser Entschließungen fälschlicherweise und am „*nachweisen*“ in können, daß sich alle Einwohner Polens der „*Volksgefährt*“ der „*Rationalität*“ eing in den Weltkrieg für die „*Verteidigung*“ „*Pommernlandes*“ und „*Polen*“ gegenüber der deutschen Vertreter in den polnischen und pommernländischen Kreistage merkwürdige Zwangsmaßnahmen ergreifen, die sofort klagelose werden müssen, um der von polnischer Seite offensichtlich beobachtete Verengendbühnen vorzutreten.

Den deutschen Gemeinde- und Kreisvertragsvertretern in Polen wird Pommerellius ist unter Bezugnahme auf das „Befehl des Meeres“ ein schriftliches Schreiben des zukünftigen Starosten mit der Aufforderung zur Unterzeichnung einer Entschließung zugesellt worden, in der es u. a. heißt: Wir stellen fest, daß eine eigene Seesküste für Polen, eine unentbehrliche Verbindung zwischen der wirtschaftlichen und politischen Welt, das Verlangen des Seefahrers, der maritimen Welt, die die Welt der Zukunft sein wird, die deutsche revolutionäre und Reformbewegungen, die dem Frieden, die die deutsche revolutionäre und Reformbewegungen, die dem Frieden zu einem neuen Kriege führt. Wir applizieren an alle Völker, die den Frieden und die Gerechtigkeit lieben und ethisch an dem Aufbau der Weltwirtschaft arbeiten, sie mögen einen verbindlichen Standpunkt hinsichtlich der Anerkennung der Rechte anderer Völker einnehmen, da dieses die realste Garantie des Weltfriedens ist. Wir glauben, daß wir niemals und um keinen Preis ein Vorsehen aus dem Reich der Zukunft auf der Erde von der Republik gestatten und leben werden. Wenn wir die Welt in die Hand antworten werden. Pommerellius war, es ist bleibt polnisch.

Nicht überall kann man sich damit begnügen, den deutschen Gemeinde- und Kreisverrätern lediglich eine solche Entschuldig zu zuschreiben. In zahlreichen Stellen des Landes — Einzelorte sind aus den Gemeinden des Bromberger, Hohensalzer, Elbmündee und anderer Kreise beseitigt worden — wurden die Gemeindeverräter von dem Gemeindevorstande zumamtend und ihnen eine solche Entschuldig zukommen lassen. Auch noch kürzerer, antwortlos auf der Stelle vorgenommener. Die Gemeindeverräter bemerkten dabei, daß die Richtungsrichtung der Entschuldig sehr nachteilige Folgen haben könne. Um Kreise Hohensalze wurde in einigen Fällen von dem Gemeindevorstande sogar ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es Zwang sei, die Entschuldig in unterzeichnen. In einzelnen Fällen ist man hier sogar vor Zwangsbrögen nicht zurückgeblieben. In der Unterchrift verweigerten, nachts von dunklen Elementen die Fenster eingeschlagen worden. In einem Fall wurde einem deutschen Bauern, der seine Unterchrift verweigern wollte, erklärt, daß ihm dann die Auflassungsgenehmigung für seinen Sohn verweigert werden würde. Verschiedentlich ist ausdrücklich erklärt worden, daß jeder, der die Unterzeichnung der Entschuldig verweigerte, als Staatsverräter behandelt werden würde. Vertreter der Umgebung haben sich gegen diese Unterzeichnung verweigert. Diese verprügten Unterchriften zeugen nicht gerade für ein gutes Gewissen. Wenn die polnische Propaganda nützlich mit diesen „einleitig“ angenommenen Entschuldig im Auslande bewirken gehen wird, wird man sich daran erinnern müssen, wie diese Einleitigkeit erzielt worden ist. Sonst gewiß wäre kein deutscher Vertreter ohne diesen Zwang, der ihn ausbeutet worden ist, auf den blühenden Gedanken gekommen, eine derartige deutschfeindliche und erigenen Unterchrift zu unterschreiben. Man ist sich freilich, ob auch alle polnischen Vertreter solchen Entschuldig zugestimmt hätten, wenn sie im Weigerungsfalle nicht gleichfalls Repressalien zu gewärtigen gehabt hätten. Keineswegs kann man diese antwort verlangten Resolutionen als einen Niederlag der Stimmung der Bevölkerung werten.

## Die „staatsgefährlichen“ Lehrer.

[illegible]

Ran steht ein polnischer Schulleiter an Stelle des ehemaligen Schulleiters Eckart und ein polnischer Lehrer an Stelle Schmellers. Das Lehrerkollegium dieser deutschen Minderheitsschule besteht nun aus vier deutschen und vier polnischen Lehrkräften. Der an Stelle Schmellers angestellte polnische Lehrer beherrscht die deutsche Sprache nicht so, daß ihn die Kinder verstehen können. Täglich um Geschichte, Erdkunde, Naturkunde u.ä. wird er in polnischer Sprache. Die Kinder verstehen ihn nicht, und er nicht die Kinder.

Gegen diese Auffassung hat nun der deutsche Elternbeirat (Schärfel) Einspruch erhoben. In einer am das Schulkomitee in Polen gerichteten Erklärung heißt es u. a.: „Von irgendeiner politischen Beeinflussung unserer Kinder durch die beiden entlassenen Lehrer im antipolitischen Sinne kann nicht die Rede sein.“ Die polnische Seite führt der Generalrat Befürchtungen entgegen, daß selbstverständlich im Zeitalter des Radio über alle anderen Vorkommnisse in der Welt und über die jüngsten Ereignisse in Deutschland zum Teil orientiert. Das kann aber durchaus nicht verwunderlich und verdächtig sein. ... Die Maßnahmen der Schulbehörde, nämlich die Neueinstellung von zwei Lehrkräften polnischer Nationalität an Stelle der beiden entlassenen Lehrer deutscher Nationalität ist nicht geeignet, das gehörte Vertrauensverhältnis wieder herzustellen. Wir befürchten, das bei der Eile, mit welcher die Einteilung der Erteilung von mehreren Klassen in polnischer Sprache der Charakter der Schule als staatliche deutsche Minderheitenschule leiden wird. . . .“



## „Die Slowakei den Slowaken!“

Die „Wiener „Rechten Nachrichten“ melden aus Triebitz: Unter dem Schlagwort „Die Slowaken den Slowaken“ hielten die Volksparteier des Vater Hlinka und die Nationalpartei des Abgeordneten Ruzs, der sich mit der Hlinka-Partei afschloß, hat, in Boos, „Rechtsrad eine Verammlung ab, an der mehrere tausend Personen teilnahmen. Hlinka erklärte in seiner Ansprache: Der Völkard begreift das Tschekoslowakismus muß verfeinert werden. Wir müssen in die Tscheken die Slowaken einbringen ins Parlament, in den Schulen und auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens sich durchsetzen. Wir brauchen keinen Platz in der Regierung, wir fordern aber die Autonomie. Es wurde uns verprochen, doch uns die tschechischen Brüder nur so lange helfen wollten, bis sie uns unseren eigenen Tschachmus haben. Jetzt ist es ab; aber niemand rührt sich, um ihm Tschach zu geben.“ Ruzs sagte, daß es in der Tschekoslowakei fast Gleichheit nur „Parteiunterschied“ gebe. „Kein Tschach, kein Tschach, kein Tschach, kein Tschach, kein Tschach, kein Tschach, die Lösung der Zukunft.“ Der frühere Minister Tschlo sagte, die slowakische Nationalliebe sei auf dem Marfche, und wenn sie siege, werde mit allen Janzenjars abgerechnet werden. Der jetzige Staat sei ein Gebäude, das aus zwei Wohnungen bestehe, die Slowaken verlangen nunmehr die Schlüssel zu ihrer eigenen Wohnung.

Im Gemf ist nun aus der Tschekoslowakei vertreibende Slowaken. Die „Slowakische“ Partei, gebildet aus dem bekannten slowakischen Führer Hlinka, und der sich zum Ziel gesetzt hat, die slowakischen Gebiete von der Tschekoslowakei zu trennen und sie wieder Ungarn einzugliedern.

Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, hat die Leiter der 13 Landesstellen für Volksaufklärung und Propaganda ernannt. Die Landesstellen fallen Gebiete zusammen, die entweder wirtschaftlich oder durch die Stammeseigenart ihrer Bevölkerung zusammengehören. Für den Osten sind folgende Landesstellen errichtet worden:

Landesstelle Pommern - Mecklenburg, umfassend die Provinz Pommern, die Länder Mecklenburg-Schwerin und -Strelitz und Freie Stadt Rügen. Leiter Neumann, Stettin.

Im Sitzungssaal des Regierungsgebäudes in Oppeln erfolgte am 1. Juli die feierliche Amtseinführung des neuen Regierungspräsidenten, Oberregierungsrats Schmidt aus Reichenbach, durch Oberpräsident Brückner.

In der öffentlichen Vollsitzung der Breslauer Industrie- und Handelskammer teilte Präsident Hans Kemna mit, daß die Kammer beschlossen habe, den früheren Präsidenten Dr. h. c. Grund in Anerkennung seiner unermülichen Arbeit für die niederschlesische Wirtschaft und für die Kammer zum Ehrenpräsidenten zu ernennen.

Zum kommissarischen Bürgermeister der Stadt Fraustadt ist von der Schneidermühler Regierung auf Vorschlag des Oberpräsidenten Wilhelm Kube der Volkswirt Kappach aus Cottbus ernannt worden.

Der Erste Bürgermeister von Marienburg, Pawełcik, ist vom Regierungspräsidenten zu Marienwerder seines Amtes enthoben worden. Gegen ihn wurde ein Disziplinarverfahren eingeleitet.

vorher. Gegen ihn wurde ein Disziplinargerichtshof eingesetzt. Der Regierungsratspräsident Schönerer in Frankfurt (Oder) ist vom Preussischen Staatsministerium auf Grund der Verordnung vom 26. Februar 1919 unter Gewährung des gesetzlichen Wartegeldes sofort einstweilen in den Ruhestand versetzt und der Landrat Dr. Eichler in Rottbus, vordemgehändig der Zustimmung des Provinzialausschusses, zum Regierungspräsidenten in Frankfurt (Oder) ernannt worden.

Als Nachfolger des polnischen Botschaften in Berlin, Dr. Alfred Wysocki, wurde der Chef der West-Abteilung im Warschauer Außenamt, Josef Lipski, zum polnischen Botschaften in Berlin ernannt. Zum polnischen Generalkonsul in Leipzig wurde der bisherige Chef der Verwaltungssektion im Warschauer Außenministerium, Stanislaus Prochnicki, ernannt.

Kürzlich starb in Breslau der Besitzer der Güter Gorymo, Gorym und Bojanitz, Mittellieferer a. D. Kurt Müller. Die Deutsche Rundschau widmet dem Verstorbenen einen ehrenden Nachruf. Das Blatt nennt ihn eine der markantesten Führerpersönlichkeiten des Deutschtums in der Provinz Polen. Er war Gründer vieler deutscher Organisationen, u. a. des Eisener Mannes. Für die deutsche Kunst in Polen hat er ebenfalls viel getan. „Eine Führerpersönlichkeit von echt deutscher Schlichtheit und vornehmer Gesinnung ist“, so schreibt das Blatt, „von uns verloren.“

Wegen Spionageverdacht für Polen wurde im Kreise Friedeberg auf Veranlassung des kommissarischen Bürgermeisters ein katholischer Geistlicher in Schutzhaft genommen.

Der Oberpräsident der beiden Schlefien, Selmuht Brückner, sprach anlässlich des 8. Jahrestages der Gründung des Untergeraus Oberfchlefien der NSDAP am 10. Iuli in Dentsch. An feiner Rede führte Oberpräsident Brückner u. a. aus: Das ernfte Wort, das ich heute angekündigt habe, als Oberpräsident beider Schlefien, richtet sich an die fei und nationale Arbeiterbewegung, die die Schlefien zu dem Lande gemacht hat, das die größten Schwierigkeiten Erfolge haben. Die Erfolge der oberfchlefifchen Wirtschaftsführer sprechen ihnen das Führertum ab. Die Führung der oberfchlefifchen Wirtschaft wird garantiert durch diejenigen, die dem Volfsheweismas für immer aus diesem Lande vertrieben, und das find nicht die eingebildeten Wirtschaftsführer, fondern das ift die Schlefien-Industrie, die die Arbeiter in der Schlefien-Industrie, wenn Ihr das Gernat gehabt hätteit wie eine Familie Krupp oder Vörlg, wenn Ihr aus eigener Kraft Eure eigene Extradition ausgerüstet hätteit, dann hätte ich aus Refpekt vor Eurer Eeilung, denn Rationalifation ift heilig, das Gernatprinzip anerkennen. Dann, meine Herren, die Schlefien-Industrie, die Wirtschaftsführer, die eine gute und Handarbeiter in diesen und den Unterteilern, welchen Rog und Subventionierte Petriebleiter. Einige von Euch haben feine Haltung angenommen; andere von Euch werden morgen abgeoot. Einige haben mir den Refpekt vor dem SA-Mann fehon beigebracht, die anderen werden noch ein Gefchlecht lang. Ihr werdet nicht mehr die Arbeiterbewegung heiffen, die Arbeiterbewegung, die Arbeiterführer fo zu befehen wie die Reaktionen des fchmarzten Schiefen befehen hat. Ihre Unverfchämtheit unferer NSDAP-Führern gegenüber hat es mit verdorben, als Oberpräsident Euch die Ehre eines Empfangs in meinem Amtszimmer rütel werden zu laffen. Die Herren vom Liberalismus fcheinen noch zu glauben, daß die braune Front des deutfehen Nationalismus den Kampf gegen die Arbeiterbewegung, den Kampf um feinen Blut und Gold, und das Gerabe mir fchlechten Rationalifation ift es als unferer befondere Ehre anheben, hier in der Grenzmark nicht nur hundertprozentige Rationaliften, fondern genau fo hundertprozentige deutfehe Sozialiften zu fein. Wir wollen, daß die Grenzmark mit nationalen Deutfehen nicht gehalten wird; wir wollen, daß der Sieg der Arbeiterbewegung durch Arbeiter gewonnen wird, nicht durch Sozialiften. Die Arbeiterbewegung, die Wirtschaftsführer, die keine find. Ohne den deutfehen Arbeiter gibt es kein deutfehes Vaterland!

## Abstimmungsgedenkfeier in Berlin.

Im Mittelpunkt der großen Abstimmungsgedenkfeier der Ost- und Westpreußen und der Rundgebung für das Deutschland im Memelland, die am 6. Juni in Berlin stattfand, stand die einwirkende Rede, die der Schirmherr des Bundes Deutscher Osten, Bundesleiter und Oberpräsident Wilhelm Ruhe, hielt. Er betonte, daß von allen Abstimmungsliegen an Eindeutigkeit des Bekenntnisses zum gemeinsamen deutschen Vaterland Ost- und Westpreußen bei weitem an der Spitze stehen. Fast zu 100 v. H. habe sich Millionen zum Deutschen Reich bekannt. Der Abstimmungstag in Ost- und Westpreußen sei ein Ehrentag für Deutschland. Dieses Abstimmungsergebnis sei der erste moralische Sieg des Deutschen Ostens über die Feinde der Einheit gewesen und habe gleichzeitig als Morgengraut in das Dritte Reich gewiesen. Die Ostpreußen hätten mit diesem Bekenntnis gereicht, daß sie lieber in einem armen Deutschland zu leben und zu leiden gemüht seien, als um irgendwelcher Versprechungen willen die Bande des Blutes zu lösen. Seit Jahrhunderten habe das deutsche Volk mit diesem Boden aufs engste verflochten. Auf diesen Boden könnten und wollten wir nicht verzichten. Der Redner wies auf die Schrecken des Ostens hin, auf die Seen, das Hügelland, die Aehrer, die dunklen Wälder, Hinterpommern und andere Landschaften, die einen Vergleich mit den Schönheiten des übrigen Deutschland am Rhein und in Süddeutschland ausfallen könnten. Möge der Süden des Vaterlandes in mehr als 2000jähriger Geschichte das Empfinden für die Schönheiten des Landes haben, möge sich im Ruhrgebiet das gewaltige wirtschaftliche Denken entfalten, so habe das deutsche Ostensland im Reich der Deutschen über die besten Staatsbürger begriff gegeben. Ohne den Osten und seine Zukunft wäre Deutschland nach dem Zusammenbruch des Dreißigjährigen Krieges verloren gewesen. Der Redner erinnerte an den Großen Kurfürsten, Friedrich Wilhelm I., Friedrich den Großen und viele andere. Ohne sie wäre Deutschland nie zu der Organisation des Bismarck-Reiches gekommen, das ein politisches Geschenk des deutschen Ostens an das gesamte deutsche Vaterland sei. Die staatspolitische Genialität habe der Osten zuerst in die deutsche Geschichte hineingebracht. „Ich bin der erste Bürger meines Staates“, habe der große Preußenkönig gesagt. Preußens Söhne hätten sich auch in schlechten Zeiten an den Boden geklammert und die Grundlegung geleistet für die Geschichte des deutschen Volkes. Oberpräsident Ruhe gedachte des Diktates von Versailles und erklärte, niemals werde das deutsche Volk den Vertrag, der deutsche Staatlichkeit, deren politischer Schutz entgegen fand. Er erinnerte an das Wort des Reichskanzlers Adolf Hitler, daß wir die kulturelle Verbundenheit mit allem Deutschum in Europa ohne Unterschied der Staatsgrenzen für ein heiliges Recht deutscher Nation vor dem Völkervand verorten. Kein feilendes Volk habe das Recht, uns diesen Anspruch der kulturellen Verbundenheit zu bestreiten. Der

Deutsche sei für alle Völker des Ostens der Kulturträger gewesen. Der Redner sprach dann von der ostpreussischen Kreuze zur Heimat, von der Liebe zum Lande, die keine Partei habe tauben können. Im Osten der Schinderei sei nicht gerührt, sondern gehandelt. Wer seine räuberische Hand nach Ostpreußen ausstrecke, der bringe auf Granit. Das Bekenntnis der Ostpreußen sei der beste Garant jeder deutschen Ostpolitik. Wir gedanken heute eines Ehrentages Euler Heimat, nicht nur eines Ehrentages für Euch, sondern die ganze deutsche Nation hat Anlaß, auf den ostpreussischen Abstimmungstag stolz zu sein. Das neue Reich wird dem Osten die Stellung in der gesamten Nation widergeben, wie nach seiner politischen, nach seiner wirtschaftlichen, nach seiner kulturellen und bürgerlichen Bedeutung zukommt. Mag Donzig ein eigener Staat sein, mag das Memelland äußerlich unterdrückt sein — äußerlich kann man sie wohl unterdrücken, innerlich aber nie. Deutschland ist auch dort, wo das Deutschum äußerlich Ketten trägt. Über aber alle Kleinheit der andern erhebt sich königlich das stolze Freiheitsgefühl des deutschen Ostens. Gott segne den Osten und seine Söhne, die Heimat und ihre Erben.

Nach Oberlehrer Ulrich, der für den erkrankten Stadtschuldirektor Dr. Gloger-Glitz eingetreten war, sprach der Führer des Bundes Deutscher Osten, Dr. Franz Völkke. Mit warmen, von tiefer Leidenschaft getragenen Worten sprach er über die Sendung des ostpreussischen Menschen, des Kämpfers um den Ostum. Der Führer, der selber aus dem kämpferischen Grenzbesitzum kamme, habe aufgerufen, den Tag des Deutschen nach dem Westen auszuheilen, und im Sinne dieser Weisung habe Alfred Rosenberg, ein Sohn des Baltensandes, die Vereinigung aller für den Ostgegenden wirkenden Verbände unter seiner, Franz Völkkes, Führung im neuen Bund Deutscher Osten vorangetrieben. Schirmherr dieser Organisation sei Wilhelm Ruhe, der Eroberer der Ostmark. Die Wiedereröffnung der verlorenen Gebiete deutscher Tunge sei Deutschlands zukünftige Schicksalsaufgabe, und für die Erringung dieses Sieges habe sich auch der Bund Deutscher Osten angeschlossen. Franz Völkke begrüßte daher diesen Tag nicht nur als den Tag des großen Treuebekenntnisses der ostpreussischen Volks zum Reich, sondern in besonderem Maße auch deshalb, weil der Reichsverband der heimattreuen Ost- und Westpreußen mit sämtlichen Lebensorganisationen sich heute dem Bundes Deutscher Osten angeschlossen habe. In Gegenwart aller Anwesenden nahm er die Erklärungsrede des Führers der heimattreuen Ost- und Westpreußen an. Er sprach auch von der Aufgabe, die der Osten durch den Bund Deutscher Osten zu übernehmen und verpflichtete sich freiwillig durch Handhabe zur Mitarbeit an der gemeinsamen großen Aufgabe. Nach dem Gelobnis des Völkkes wurde der Bund Deutscher Osten durch den Vorsitzenden des Völkkes als Leiter der heimattreuen Ost- und Westpreußen ernannt. — Die Feierleitung fand ihren Abschluß mit einem dreifachen „Siege Heil“ auf Adolf Hitler und mit dem Horst-Wessel-Lied.

## Mitteilungen des Bundes Deutscher Osten.

### Der stellv. Bundesführer.

Der Bundesführer befindet sich zurzeit auf einer Pressereise in Ostpreußen.

Ans Anlaß der Auflösung des Ostpreussischen Bund der Herr Reichsinnenminister Dr. Frick unter dem 6. Juni 1933 folgendes Schreiben an den Vorsitzenden des Ostpreussischen, Herrn Grafen von Daudiffin, gerichtet:

Sehr verehrter Herr Graf!

Die Entwicklung der Dinge in den vergangenen Wochen hat ergeben, daß sich eine erprobte Fortführung der Arbeiten des im Jahre 1926 auf Veranlassung meines Ministeriums geschaffenen Ostpreussischen nicht mehr ermöglichen läßt. Bei dieser Sachlage darf ich Sie bitten, mit tünlicher Beteiligung die Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um den Ostpreussischen aufzulösen und der alsbaldigen Angliederung der heimattreuen Verbände an den Bund Deutscher Osten die Wege zu ebnen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit nicht verkennen, Ihnen, sehr verehrter Herr Graf, für Ihre langjährige verantwortungsbewusste und fähige Leitung des Ostpreussischen — Bund deutscher Ostpreußen — im Namen der Reichsregierung die höchsten und wertvollsten Anerkennung auszusprechen. Gleichzeitig bitte ich Sie, diesen Dank auch den unter Ihrer benehnten Führung stehenden landsmannschaftlichen Verbänden für ihre opferwilligen und von vaterländischer Treue getragenen Arbeiten zu übermitteln.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr sehr ergebener ge. Frick.

Der Memellandbund hat am 6. Juni 1933 einstimmig seine Auflösung und den Beitritt in den Bund Deutscher Osten beschlossen.

Der Reichsverband der heimattreuen Ost- und Westpreußen hat in seiner Hauptvorstandssitzung die Auflösung des Reichsverbandes und den Beitritt in den Bund Deutscher Osten beschlossen. Gelegentlich der in der „Neuen Welt“ in Berlin veran-

stalteten Abstimmungskundegebung gab der Führer des Reichsverbandes, Dr. Viktor Suchs, ein Treuebekenntnis zur Führung des Bundes Deutscher Osten ab und wurde durch den Bundesführer in Gegenwart des Schirmherrn des Bundes, Pg. Oberpräsident Ruhe, feierlich verpflichtet.

Der Vorsitzende der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier, Oberbürgermeister Kolping, Ratibor, hat telegraphisch den Eintritt der Oberschlesierverbände in den Bund Deutscher Osten erklärt.

Der Bundesführer hat Professor Ernst Worchmann, den Vorsitzenden des bisherigen Memellandbundes, und Pg. Viktor Suchs, den Führer des bisherigen Reichsverbandes der heimattreuen Ost- und Westpreußen, in den Bundesführerrat des Bundes Deutscher Osten berufen. Frau Elisabeth Bränner-Hoepfer und Pg. Georg Samel sind zu besonderen Mitarbeitern in dem Bundesamt für Heimat- und Volkskulturspflege bestellt worden.

Ich berufe den Pg. Richard W. Kreis in Oberhausen, Selbst. 11, zum Führer der Landesgruppe Rheinland-Westfalen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich meiner besonderen Freude darüber Ausdruck geben, daß hierdurch wiederum eins der ältesten Mitglieder der NSDAP. (Mitglieds-Nr. 441) mit der Arbeit des Bundes Deutscher Osten besonders eng verbunden ist. Dr. Ehlers.

### Landesgruppe Bayern-Pfalz.

1. Die Landesgeschäftsstelle Bayern-Pfalz wurde im Einvernehmen mit Staatsminister Hermann Esser, dem Leiter der bayerischen Staatskanzlei, nach München verlegt. Die neue Anschrift der Landesgeschäftsstelle lautet: München, Staatskanzlei.

2. Zum Leiter der Hauptabteilung Presse-Schrifttum, Wissenschaft und Literatur bestimmt ich Dr. Kurt Gramper.

Zur gründlicheren Bearbeitung der bayerischen Ostmark habe ich dieses Gebiet in vier Bezirksgruppen eingeteilt. Ich habe ernannt:

Zum Führer der Bezirksgruppe Pöllaau Pg. Studienrat Dr. W. rnet (Pöllaau);  
zum Führer der Bezirksgruppe Regensburg Pg. Stadtrat Dr. Priedhäuer (Regensburg);  
zum Führer der Bezirksgruppe Weiden Pg. Oberarzt Dr. Stark (Weiden).  
Die Führung der Bezirksgruppe Hof wird in nächster Zeit geregelt.

### Stempelüberfischung.

Wegen Fortsetzung der Verfisherung der Mitglieder des aufgeführten Ostbundes bei der Ostmark-Stempelüberfischung blüht das Fischen sehr mäßig, doch bis auf weiteres die Verfisherung ununterbrochen bleiben. Die Abmischungsstelle des Ostbundes nimmt weiter die Beiträge entgegen und rechnet mit der Ostmark ab. In Zukunft werden neue Beiträge nur mit denjenigen Mitgliedern geschlossen, die dem Bund Ostmark angehören. Weitere Bestimmungen erfolgen durch Rundschreiben.

### Haus „Kurmark“.

#### Liste 3.

Übertrag: 460,- RM.

Ortsgruppe Angermünde, 2. Betrag	56,70
Gem. Siedlungsgenossenschaft „Ostmark“, Berlin	20,-
Ortsgruppe Sommerfeld (R.-E.)	20,-
Ortsgruppe Groß-Hamburg	20,-
A. Heupel, Berlin	20,-
Baugenossenschaft betriebener Ostdeutsch, Berlin	20,-
Ortsgruppe Diefelde	10,-
Dr. Eickler, Ahlbeck	10,-
Ortsgruppe Polkenitz	5,-
Ortsgruppe Eggen	5,-
Kurt Schmidt, Rastow, M.	5,-
S. Schmidt, R. Madon	5,-
Frau Babuske, Berlin	1,-
Frau Jäberke, Berlin	0,50

Stand vom 12. Juli 1933: 668,20 RM.

## Besuch den deutschen Osten!

### Mit dem „Seebienst Ostpreußen“ nach Danzig und Memel!

Wie alljährlich, so verschieben auch diesen Sommer die beiden schmalen Schiffe des Seebienstes Ostpreußen „Hansefahrt Danzig“ und „Preußen“ den Verkehr von Seinemünde nach Danzig, Ostpreußen und Memel. Doch sind einige Veränderungen bezüglich der Strecke und der Schiffe vor sich gegangen. Die „Hansefahrt Danzig“ ist ein erweiterter Stützpunkt. Sie ist um 10 Mit. verlängert worden und bietet daher ihren Subjektivisten jetzt noch mehr Sicherheit und Bequemlichkeit als vorher. Es wird auch in diesem Jahr für jeden wieder eine besonders große Freude sein, mit ihr zu reisen und sich von dem zu jeder Ausfahrt ganz bewiesenen Kapitän Söber in die Geheimnisse des Schiffes einweihen zu lassen. Aber erst nach wird die „Hansefahrt Danzig“ den Reuten in Slauze verlassen. Der Sommerabend, der auf der Ostsee ein Schiff der Größe verkehrt. Die andere Kreuzung besteht darin, daß der Seebienst auch die Strecke von Seinemünde - Rügen - Seinemünde verlängert worden ist, so daß die gesamte Fahrt bis nach Memel heute zwei Tage und zwei Nächte dauert, für die Ostsee immerhin eine beträchtliche Länge.

Auf der Fahrt lernt man die ganze deutsche Ostseeküste kennen. Zugleich rührt auch das deutsche Schiffsoldatensoll auf den Küsten: zweimal berührt er auf der Reise deutsches Land, das heute „Ausland“ ist, deutsches Land, bei dessen Betreten man sich einer Pöhl- und Goldströhm unterziehen muß. Auf der Höhe von Soppot blickt er nach Södingen hinüber, — ursprünglich ein kleines Silberdorf, heute noch angesehener Ort, eine Gefahr für die Westküste Danzigs. Aber dann verkehrt wieder der Wind des Garmes der Marienkirche, des alten deutschen Wahrzeichens Danzigs, das Deutschland der freien Freien Stadt und gibt die Gewißheit, daß die milchigkeits genossen Schranken des Verfallers Diktats nicht auf die Dauer Deutsche von Deutschen zu trennen vermögen.

Von Pillau, dem nächsten Hafen, den der Seebienst berührt, einer kleinen Hafenstadt mit schmalen Häuserreihen, deren Rhythmus der Große Küstenturm begründet, als er hier die Wägen der brandenburgisch-preussischen Flotte schiff, geht die Fahrt weiter an der samländischen Küste entlang bis nach Memel hinauf, vorbei an dem einzigen Bernsteinbergwerk der Welt, das von Polmischen herüber grüßt. Und von Memel aus gelangt der Erholungssuchende in die Häber der Kurmark. Die Kurmark ist eine der schönsten Gegenden und ihrer viel besonders freien Luft sowie ihrem eigenartigen Charakter ziehen sie den Bienenbesuchenden von jeder beliebigen an. Man fühlt sich bei dem Anblick der hohen Dünen plötzlich in ferne fremde Gegenden verlegt. Über einmal diese Landschaft gesehen hat, wird immer wieder zu ihr zurückkehren. Allen aber, die das Land noch nicht kennen, ist dringend zu rät, gelegentlich einmal den Osten Deutschlands aufzusuchen, um sich dort zu erholen und an den Naturerscheinungen zu erfreuen, zugleich aber auch um sich selbst zu beleben, um den Volksgenossen im Osten zu helfen und um die Geheimnisse über die Ostmark aufzuklären zu können.

### Studienfahrt durch die Grafschaft Glatz in Schlesien.

Eine planungsbiologische Studienfahrt durch die Grafschaft Glatz und in das Riesengebirge wird in der

Zeit vom 23.—28. Juli von der Staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege unternommen. Die Führung liegt in den Händen von Privatdozent Dr. Hark, Berlin. Der Ort der Zusammenkunft ist Wandschütz (Schneidmühlentälchen Mittelschlesien) gelegen. Es werden u. a. geplant: Ausflüge in die Naturdenkmalgebiete Große Heulandsee und Großer See, Erbsenauflage nach Hobe Meile, Unterführung eines hochmodernen Hochmoors, Erbsenauflage auf den Glazial Schenberg, in das Naturdenkmalgebiet Salmietal, Besuch des Moosbruchs bei Reibitz. Zur Deckung der Unkosten wird eine Erläuterungsergebnis von 3 RM. erhoben. Anmeldungen sind zu richten an die Staatliche Stelle für Naturdenkmalpflege, Berlin-Schöneberg, Brunnenstraße 67, wo auch jede weitere Auskunft über die Studienfahrt erteilt wird.

### Westdeutschland fährt nach dem Osten.

Der Rheinisch-Westfälische Hauptverband heimattreuer Ost- und Westpreußen veranstaltet zusammen mit den Verkehrsvereinen des westdeutschen Industriegebietes vom 24. Juli bis 3. August und vom 8. bis 20. August zwei Gesellschaftsfahrten nach dem deutschen Osten. Die Fahrten beginnen in Düsseldorf und führen nach Marienburg. Von hier aus werden Deutsch-Eulau, Ostpreußen, Cönnenberg, Allenstein, die masurenischen Seen und die Kominter Heide, Jüterburg, Elstertal, Königsberg und Elbing besucht. Mit einem Aufenthalt im Grenzgebiet des Weichselkorridors finden die Reisen ihren Abschluß. Die Preise der Fahrten sind so volkstümlich gehalten, daß jeder daran teilnehmen kann.

### Ein Unterkunftsheim im Vagerischen Wald.

Am 16. Juli 1933 findet zusammen mit einer Ostmark-Rundgang die Einweihung des neuen Unterkunftsbaues auf dem 1313 Meter hohen Großen Falkenstein im Vagerischen Wald zwischen Zimel und Eifenstein statt. Dieses Schutzhäus, das der Vagerische Waldverein (Sig Ströubing) mit Unterstützung aus Ostheimteilen errichtet hat, insgesamt 20 Betten und 10 Matratzenlager sowie gemütliche Kaffee- und Speisestube, für die Jugend hat man ein Wohnheim mit Wohnküche und 12 Betten errichtet. Das Haus ist ganzjährig bewirtschaftet; denn auch im Winter ist der Große Falkenstein ein wichtiger sportlicher Stützpunkt des Vagerischen Waldes. Der Große Falkenstein ist berühmt durch seine einzigartigen Urwaldbestände (Kieferwaldgebiet), die eine Lebenswirklichkeit der bayerischen Ostmark darstellen.

### Offiziere werden gedrückt.

Frit Puchstein, einer der ältesten Pioniere des Kultur- und Verkehrs, beendet jedoch die Aufnahme zu seinem neuesten aber auch füllendsten Kulturfilm „Jenseits der Weichsel“. Mit diesem Kulturwerk, das ganz im Dienst des Propagandakampfes gegen den Weichselkorridor steht, beendet Frit Puchstein seine 10. Kulturfilmarbeit. Gemäß, ein nicht antägliches Jubiläum! Frit Puchstein selbst hat seit 1922 von Dommern aus Kämpfe für die Freiheit des Reiches geführt. Nach politischen Erfolgen in Preußen gegen die KPD, war er im Frühjahr des Jahres 1925 nach Königsberg in Ostpreußen. Hier hielt er sich und sein ganzes Schaffen am Kulturfilm in den Dienst des Kampfes gegen die unbaltbare Grenzhebung im deutschen Osten. Seit 1925 hat Frit Puchstein in Königsberg u. a. über 50 spracheiche Kulturfilme im die Bedeutung der Verkehrsvermittlung für Schlesien auf anschauliche Weise einem größeren Kreise klarmachen, wird i. S. ein Film gedrückt, in dessen Mittelpunkt die Oderfrage gerückt ist. Der Titel des Films lautet: „Des deutschen Ostens Lebensfrage — die Oder.“

**Die jungen Gemüse gewinnen durch Zusatz einiger Tropfen MAGGI'S Würze ganz besonders an Wohlgeschmack.**



**Dr. Eskalony's**  
bittere Tropfen  
Das weltbekannte Spezialmittel  
des Herrn  
A. A. FRANK, BROMBERG  
1912  
Alleinvertrieb in Deutschland:  
**DOMINICUS KLAR**  
BERLIN N.O. 18 • GIG-1004

## Familiennachrichten.

Regierungsinspektor König-Verslau 60 Jahre alt.

Am 23. Juli kann ein berühmter Vorkämpfer des oltnäckerischen Deutstums, Herr Regierungsinspektor Hugo König in Verslau, Stutfr. 20 (früher an der Regierung in Polen) seinen 60. Geburtstag feiern. Er hat sich in vielen Jahren den Vorständen der Ortsgruppe Breslau und des Landesvorstandes Schlesien des aufgestellten Deutschen Ostbundes an und nach jahrelang Vorstehender des letzteren. Er hat sich sowohl in die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Bedarfe der großen Zahl der Mitglieder in selbstiger Weise große Verdienste erworben, als auch die nationalpolitische Ziele unserer Bewegung mit Hingabe und Erfolg in vorbildlicher Heimattreue gefördert, was mit Dankbarkeit anerkannt sei.

Schulrat Oskar Kobel 65 Jahre alt.

Ein im ganzen Reich bekannter oltnäckerischer Schulmann und Schriftsteller, Schulrat i. R. Oskar Kobel in Josten, feierte am 13. Juli seinen 65. Geburtstag. Er war früher Lehrer in Eignitz, später Seminarlehrer in Oberlogau, dann Präparandenanstalts-Dirigent in Potsdam, Magdeburg und Regensburg. Während der polnischen Aufstände in Oberschlesien war er einer der bestechendsten Führer des Deutstums an seiner ober-schlesischen Wirkungsstätte, bis er gezwungen war, zu flüchten. Er wurde dann zum Schulrat im Kreis Schweidnitz mit dem Amtssitz in Josten ernannt, wo er bis zu seiner Pensionierung infolge Erreichung der Altersgrenze tätig war. Die Lehr- und Erziehungstätigkeit, die er in dieser Zeit geleistet hat, wird ununterbrochen anerkannt und geschätzt, was sich bei den öffentlichen Veranstaltungen zur Feier seines 60. Geburtstages (s. S. glänzende Erwies. Kobel erfreut sich auch als Schriftsteller großen Ansehens. Er hat den Begriff der Weltpädagogik in die Literatur eingeführt. Sein mehrbändiges Werk darüber ist ein Standard-Werk, das über das Schulwesen aller Kulturen in gründlicher Weise unterrichtet. Seine deutsche Poetik für Schulen, sein glänzendes Werk „Deutsche Dichter“, seine Literaturgeschichte für den Schulgebrauch und viele andere Bücher für den Literaturunterricht haben größte Verbreitung gefunden und viele Aufgaben erfüllt, insbesondere auch die in diesem Blatte i. S. besprochenen Schriften über Goethe und Werthand Hauptmann. Auf volkskundlichem Gebiet hat er sich viel Anerkennung erworben durch seine Sammlung schlesischer Sagen und durch seine Rundfunkvorträge über schlesisches Brautstum. Sein Roman „Johannes“ beleuchtet in höchst bedeutsamer, geschichtlicher Weise die mittelalterliche deutsche Kolonisation des Ostens. Seine Erzählung „Brandblitz“ zeigt ihn als glänzenden Kenner des altgermanischen Lebens und Glaubens. Sein ganzes literarisches Schaffen ist bezeugt von erst deutlichem Idealismus und von erst biederer Lebensauffassung, die sich auch in zahlreichen Gedichten Kobels widerspiegelt.

**Heinrich Schmäder:** Von neuem, Aufbruch der Seele, erster Band, 5. Aufl., 1910, 1. Aufl. 1910, 2. Aufl. 1911, 3. Aufl. 1912, 4. Aufl. 1913, 5. Aufl. 1914, 6. Aufl. 1915, 7. Aufl. 1916, 8. Aufl. 1917, 9. Aufl. 1918, 10. Aufl. 1919, 11. Aufl. 1920, 12. Aufl. 1921, 13. Aufl. 1922, 14. Aufl. 1923, 15. Aufl. 1924, 16. Aufl. 1925, 17. Aufl. 1926, 18. Aufl. 1927, 19. Aufl. 1928, 20. Aufl. 1929, 21. Aufl. 1930, 22. Aufl. 1931, 23. Aufl. 1932, 24. Aufl. 1933, 25. Aufl. 1934, 26. Aufl. 1935, 27. Aufl. 1936, 28. Aufl. 1937, 29. Aufl. 1938, 30. Aufl. 1939, 31. Aufl. 1940, 32. Aufl. 1941, 33. Aufl. 1942, 34. Aufl. 1943, 35. Aufl. 1944, 36. Aufl. 1945, 37. Aufl. 1946, 38. Aufl. 1947, 39. Aufl. 1948, 40. Aufl. 1949, 41. Aufl. 1950, 42. Aufl. 1951, 43. Aufl. 1952, 44. Aufl. 1953, 45. Aufl. 1954, 46. Aufl. 1955, 47. Aufl. 1956, 48. Aufl. 1957, 49. Aufl. 1958, 50. Aufl. 1959, 51. Aufl. 1960, 52. Aufl. 1961, 53. Aufl. 1962, 54. Aufl. 1963, 55. Aufl. 1964, 56. Aufl. 1965, 57. Aufl. 1966, 58. Aufl. 1967, 59. Aufl. 1968, 60. Aufl. 1969, 61. Aufl. 1970, 62. Aufl. 1971, 63. Aufl. 1972, 64. Aufl. 1973, 65. Aufl. 1974, 66. Aufl. 1975, 67. Aufl. 1976, 68. Aufl. 1977, 69. Aufl. 1978, 70. Aufl. 1979, 71. Aufl. 1980, 72. Aufl. 1981, 73. Aufl. 1982, 74. Aufl. 1983, 75. Aufl. 1984, 76. Aufl. 1985, 77. Aufl. 1986, 78. Aufl. 1987, 79. Aufl. 1988, 80. Aufl. 1989, 81. Aufl. 1990, 82. Aufl. 1991, 83. Aufl. 1992, 84. Aufl. 1993, 85. Aufl. 1994, 86. Aufl. 1995, 87. Aufl. 1996, 88. Aufl. 1997, 89. Aufl. 1998, 90. Aufl. 1999, 91. Aufl. 2000, 92. Aufl. 2001, 93. Aufl. 2002, 94. Aufl. 2003, 95. Aufl. 2004, 96. Aufl. 2005, 97. Aufl. 2006, 98. Aufl. 2007, 99. Aufl. 2008, 100. Aufl. 2009, 101. Aufl. 2010, 102. Aufl. 2011, 103. Aufl. 2012, 104. Aufl. 2013, 105. Aufl. 2014, 106. Aufl. 2015, 107. Aufl. 2016, 108. Aufl. 2017, 109. Aufl. 2018, 110. Aufl. 2019, 111. Aufl. 2020, 112. Aufl. 2021, 113. Aufl. 2022, 114. Aufl. 2023, 115. Aufl. 2024, 116. Aufl. 2025, 117. Aufl. 2026, 118. Aufl. 2027, 119. Aufl. 2028, 120. Aufl. 2029, 121. Aufl. 2030, 122. Aufl. 2031, 123. Aufl. 2032, 124. Aufl. 2033, 125. Aufl. 2034, 126. Aufl. 2035, 127. Aufl. 2036, 128. Aufl. 2037, 129. Aufl. 2038, 130. Aufl. 2039, 131. Aufl. 2040, 132. Aufl. 2041, 133. Aufl. 2042, 134. Aufl. 2043, 135. Aufl. 2044, 136. Aufl. 2045, 137. Aufl. 2046, 138. Aufl. 2047, 139. Aufl. 2048, 140. Aufl. 2049, 141. Aufl. 2050, 142. Aufl. 2051, 143. Aufl. 2052, 144. Aufl. 2053, 145. Aufl. 2054, 146. Aufl. 2055, 147. Aufl. 2056, 148. Aufl. 2057, 149. Aufl. 2058, 150. Aufl. 2059, 151. Aufl. 2060, 152. Aufl. 2061, 153. Aufl. 2062, 154. Aufl. 2063, 155. Aufl. 2064, 156. Aufl. 2065, 157. Aufl. 2066, 158. Aufl. 2067, 159. Aufl. 2068, 160. Aufl. 2069, 161. Aufl. 2070, 162. Aufl. 2071, 163. Aufl. 2072, 164. Aufl. 2073, 165. Aufl. 2074, 166. Aufl. 2075, 167. Aufl. 2076, 168. Aufl. 2077, 169. Aufl. 2078, 170. Aufl. 2079, 171. Aufl. 2080, 172. Aufl. 2081, 173. Aufl. 2082, 174. Aufl. 2083, 175. Aufl. 2084, 176. Aufl. 2085, 177. Aufl. 2086, 178. Aufl. 2087, 179. Aufl. 2088, 180. Aufl. 2089, 181. Aufl. 2090, 182. Aufl. 2091, 183. Aufl. 2092, 184. Aufl. 2093, 185. Aufl. 2094, 186. Aufl. 2095, 187. Aufl. 2096, 188. Aufl. 2097, 189. Aufl. 2098, 190. Aufl. 2099, 191. Aufl. 2100, 192. Aufl. 2101, 193. Aufl. 2102, 194. Aufl. 2103, 195. Aufl. 2104, 196. Aufl. 2105, 197. Aufl. 2106, 198. Aufl. 2107, 199. Aufl. 2108, 200. Aufl. 2109, 201. Aufl. 2110, 202. Aufl. 2111, 203. Aufl. 2112, 204. Aufl. 2113, 205. Aufl. 2114, 206. Aufl. 2115, 207. Aufl. 2116, 208. Aufl. 2117, 209. Aufl. 2118, 210. Aufl. 2119, 211. Aufl. 2120, 212. Aufl. 2121, 213. Aufl. 2122, 214. Aufl. 2123, 215. Aufl. 2124, 216. Aufl. 2125, 217. Aufl. 2126, 218. Aufl. 2127, 219. Aufl. 2128, 220. Aufl. 2129, 221. Aufl. 2130, 222. Aufl. 2131, 223. Aufl. 2132, 224. Aufl. 2133, 225. Aufl. 2134, 226. Aufl. 2135, 227. Aufl. 2136, 228. Aufl. 2137, 229. Aufl. 2138, 230. Aufl. 2139, 231. Aufl. 2140, 232. Aufl. 2141, 233. Aufl. 2142, 234. Aufl. 2143, 235. Aufl. 2144, 236. Aufl. 2145, 237. Aufl. 2146, 238. Aufl. 2147, 239. Aufl. 2148, 240. Aufl. 2149, 241. Aufl. 2150, 242. Aufl. 2151, 243. Aufl. 2152, 244. Aufl. 2153, 245. Aufl. 2154, 246. Aufl. 2155, 247. Aufl. 2156, 248. Aufl. 2157, 249. Aufl. 2158, 250. Aufl. 2159, 251. Aufl. 2160, 252. Aufl. 2161, 253. Aufl. 2162, 254. Aufl. 2163, 255. Aufl. 2164, 256. Aufl. 2165, 257. Aufl. 2166, 258. Aufl. 2167, 259. Aufl. 2168, 260. Aufl. 2169, 261. Aufl. 2170, 262. Aufl. 2171, 263. Aufl. 2172, 264. Aufl. 2173, 265. Aufl. 2174, 266. Aufl. 2175, 267. Aufl. 2176, 268. Aufl. 2177, 269. Aufl. 2178, 270. Aufl. 2179, 271. Aufl. 2180, 272. Aufl. 2181, 273. Aufl. 2182, 274. Aufl. 2183, 275. Aufl. 2184, 276. Aufl. 2185, 277. Aufl. 2186, 278. Aufl. 2187, 279. Aufl. 2188, 280. Aufl. 2189, 281. Aufl. 2190, 282. Aufl. 2191, 283. Aufl. 2192, 284. Aufl. 2193, 285. Aufl. 2194, 286. Aufl. 2195, 287. Aufl. 2196, 288. Aufl. 2197, 289. Aufl. 2198, 290. Aufl. 2199, 291. Aufl. 2200, 292. Aufl. 2201, 293. Aufl. 2202, 294. Aufl. 2203, 295. Aufl. 2204, 296. Aufl. 2205, 297. Aufl. 2206, 298. Aufl. 2207, 299. Aufl. 2208, 300. Aufl. 2209, 301. Aufl. 2210, 302. Aufl. 2211, 303. Aufl. 2212, 304. Aufl. 2213, 305. Aufl. 2214, 306. Aufl. 2215, 307. Aufl. 2216, 308. Aufl. 2217, 309. Aufl. 2218, 310. Aufl. 2219, 311. Aufl. 2220, 312. Aufl. 2221, 313. Aufl. 2222, 314. Aufl. 2223, 315. Aufl. 2224, 316. Aufl. 2225, 317. Aufl. 2226, 318. Aufl. 2227, 319. Aufl. 2228, 320. Aufl. 2229, 321. Aufl. 2230, 322. Aufl. 2231, 323. Aufl. 2232, 324. Aufl. 2233, 325. Aufl. 2234, 326. Aufl. 2235, 327. Aufl. 2236, 328. Aufl. 2237, 329. Aufl. 2238, 330. Aufl. 2239, 331. Aufl. 2240, 332. Aufl. 2241, 333. Aufl. 2242, 334. Aufl. 2243, 335. Aufl. 2244, 336. Aufl. 2245, 337. Aufl. 2246, 338. Aufl. 2247, 339. Aufl. 2248, 340. Aufl. 2249, 341. Aufl. 2250, 342. Aufl. 2251, 343. Aufl. 2252, 344. Aufl. 2253, 345. Aufl. 2254, 346. Aufl. 2255, 347. Aufl. 2256, 348. Aufl. 2257, 349. Aufl. 2258, 350. Aufl. 2259, 351. Aufl. 2260, 352. Aufl. 2261, 353. Aufl. 2262, 354. Aufl. 2263, 355. Aufl. 2264, 356. Aufl. 2265, 357. Aufl. 2266, 358. Aufl. 2267, 359. Aufl. 2268, 360. Aufl. 2269, 361. Aufl. 2270, 362. Aufl. 2271, 363. Aufl. 2272, 364. Aufl. 2273, 365. Aufl. 2274, 366. Aufl. 2275, 367. Aufl. 2276, 368. Aufl. 2277, 369. Aufl. 2278, 370. Aufl. 2279, 371. Aufl. 2280, 372. Aufl. 2281, 373. Aufl. 2282, 374. Aufl. 2283, 375. Aufl. 2284, 376. Aufl. 2285, 377. Aufl. 2286, 378. Aufl. 2287, 379. Aufl. 2288, 380. Aufl. 2289, 381. Aufl. 2290, 382. Aufl. 2291, 383. Aufl. 2292, 384. Aufl. 2293, 385. Aufl. 2294, 386. Aufl. 2295, 387. Aufl. 2296, 388. Aufl. 2297, 389. Aufl. 2298, 390. Aufl. 2299, 391. Aufl. 2300, 392. Aufl. 2301, 393. Aufl. 2302, 394. Aufl. 2303, 395. Aufl. 2304, 396. Aufl. 2305, 397. Aufl. 2306, 398. Aufl. 2307, 399. Aufl. 2308, 400. Aufl. 2309, 401. Aufl. 2310, 402. Aufl. 2311, 403. Aufl. 2312, 404. Aufl. 2313, 405. Aufl. 2314, 406. Aufl. 2315, 407. Aufl. 2316, 408. Aufl. 2317, 409. Aufl. 2318, 410. Aufl. 2319, 411. Aufl. 2320, 412. Aufl. 2321, 413. Aufl. 2322, 414. Aufl. 2323, 415. Aufl. 2324, 416. Aufl. 2325, 417. Aufl. 2326, 418. Aufl. 2327, 419. Aufl. 2328, 420. Aufl. 2329, 421. Aufl. 2330, 422. Aufl. 2331, 423. Aufl. 2332, 424. Aufl. 2333, 425. Aufl. 2334, 426. Aufl. 2335, 427. Aufl. 2336, 428. Aufl. 2337, 429. Aufl. 2338, 430. Aufl. 2339, 431. Aufl. 2340, 432. Aufl. 2341, 433. Aufl. 2342, 434. Aufl. 2343, 435. Aufl. 2344, 436. Aufl. 2345, 437. Aufl. 2346, 438. Aufl. 2347, 439. Aufl. 2348, 440. Aufl. 2349, 441. Aufl. 2350, 442. Aufl. 2351, 443. Aufl. 2352, 444. Aufl. 2353, 445. Aufl. 2354, 446. Aufl. 2355, 447. Aufl. 2356, 448. Aufl. 2357, 449. Aufl. 2358, 450. Aufl. 2359, 451. Aufl. 2360, 452. Aufl. 2361, 453. Aufl. 2362, 454. Aufl. 2363, 455. Aufl. 2364, 456. Aufl. 2365, 457. Aufl. 2366, 458. Aufl. 2367, 459. Aufl. 2368, 460. Aufl. 2369, 461. Aufl. 2370, 462. Aufl. 2371, 463. Aufl. 2372, 464. Aufl. 2373, 465. Aufl. 2374, 466. Aufl. 2375, 467. Aufl. 2376, 468. Aufl. 2377, 469. Aufl. 2378, 470. Aufl. 2379, 471. Aufl. 2380, 472. Aufl. 2381, 473. Aufl. 2382, 474. Aufl. 2383, 475. Aufl. 2384, 476. Aufl. 2385, 477. Aufl. 2386, 478. Aufl. 2387, 479. Aufl. 2388, 480. Aufl. 2389, 481. Aufl. 2390, 482. Aufl. 2391, 483. Aufl. 2392, 484. Aufl. 2393, 485. Aufl. 2394, 486. Aufl. 2395, 487. Aufl. 2396, 488. Aufl. 2397, 489. Aufl. 2398, 490. Aufl. 2399, 491. Aufl. 2400, 492. Aufl. 2401, 493. Aufl. 2402, 494. Aufl. 2403, 495. Aufl. 2404, 496. Aufl. 2405, 497. Aufl. 2406, 498. Aufl. 2407, 499. Aufl. 2408, 500. Aufl. 2409, 501. Aufl. 2410, 502. Aufl. 2411, 503. Aufl. 2412, 504. Aufl. 2413, 505. Aufl. 2414, 506. Aufl. 2415, 507. Aufl. 2416, 508. Aufl. 2417, 509. Aufl. 2418, 510. Aufl. 2419, 511. Aufl. 2420, 512. Aufl. 2421, 513. Aufl. 2422, 514. Aufl. 2423, 515. Aufl. 2424, 516. Aufl. 2425, 517. Aufl. 2426, 518. Aufl. 2427, 519. Aufl. 2428, 520. Aufl. 2429, 521. Aufl. 2430, 522. Aufl. 2431, 523. Aufl. 2432, 524. Aufl. 2433, 525. Aufl. 2434, 526. Aufl. 2435, 527. Aufl. 2436, 528. Aufl. 2437, 529. Aufl. 2438, 530. Aufl. 2439, 531. Aufl. 2440, 532. Aufl. 2441, 533. Aufl. 2442, 534. Aufl. 2443, 535. Aufl. 2444, 536. Aufl. 2445, 537. Aufl. 2446, 538. Aufl. 2447, 539. Aufl. 2448, 540. Aufl. 2449, 541. Aufl. 2450, 542. Aufl. 2451, 543. Aufl. 2452, 544. Aufl. 2453, 545. Aufl. 2454, 546. Aufl. 2455, 547. Aufl. 2456, 548. Aufl. 2457, 549. Aufl. 2458, 550. Aufl. 2459, 551. Aufl. 2460, 552. Aufl. 2461, 553. Aufl. 2462, 554. Aufl. 2463, 555. Aufl. 2464, 556. Aufl. 2465, 557. Aufl. 2466, 558. Aufl. 2467, 559. Aufl. 2468, 560. Aufl. 2469, 561. Aufl. 2470, 562. Aufl. 2471, 563. Aufl. 2472, 564. Aufl. 2473, 565. Aufl. 2474, 566. Aufl. 2475, 567. Aufl. 2476, 568. Aufl. 2477, 569. Aufl. 2478, 570. Aufl. 2479, 571. Aufl. 2480, 572. Aufl. 2481, 573. Aufl. 2482, 574. Aufl. 2483, 575. Aufl. 2484, 576. Aufl. 2485, 577. Aufl. 2486, 578. Aufl. 2487, 579. Aufl. 2488, 580. Aufl. 2489, 581. Aufl. 2490, 582. Aufl. 2491, 583. Aufl. 2492, 584. Aufl. 2493, 585. Aufl. 2494, 586. Aufl. 2495, 587. Aufl. 2496, 588. Aufl. 2497, 589. Aufl. 2498, 590. Aufl. 2499, 591. Aufl. 2500, 592. Aufl. 2501, 593. Aufl. 2502, 594. Aufl. 2503, 595. Aufl. 2504, 596. Aufl. 2505, 597. Aufl. 2506, 598. Aufl. 2507, 599. Aufl. 2508, 600. Aufl. 2509, 601. Aufl. 2510, 602. Aufl. 2511, 603. Aufl. 2512, 604. Aufl. 2513, 605. Aufl. 2514, 606. Aufl. 2515, 607. Aufl. 2516, 608. Aufl. 2517, 609. Aufl. 2518, 610. Aufl. 2519, 611. Aufl. 2520, 612. Aufl. 2521, 613. Aufl. 2522, 614. Aufl. 2523, 615. Aufl. 2524, 616. Aufl. 2525, 617. Aufl. 2526, 618. Aufl. 2527, 619. Aufl. 2528, 620. Aufl. 2529, 621. Aufl. 2530, 622. Aufl. 2531, 623. Aufl. 2532, 624. Aufl. 2533, 625. Aufl. 2534, 626. Aufl. 2535, 627. Aufl. 2536, 628. Aufl. 2537, 629. Aufl. 2538, 630. Aufl. 2539, 631. Aufl. 2540, 632. Aufl. 2541, 633. Aufl. 2542, 634. Aufl. 2543, 635. Aufl. 2544, 636. Aufl. 2545, 637. Aufl. 2546, 638. Aufl. 2547, 639. Aufl. 2548, 640. Aufl. 2549, 641. Aufl. 2550, 642. Aufl. 2551, 643. Aufl. 2552, 644. Aufl. 2553, 645. Aufl. 2554, 646. Aufl. 2555, 647. Aufl. 2556, 648. Aufl. 2557, 649. Aufl. 2558, 650. Aufl. 2559, 651. Aufl. 2560, 652. Aufl. 2561, 653. Aufl. 2562, 654. Aufl. 2563, 655. Aufl. 2564, 656. Aufl. 2565, 657. Aufl. 2566, 658. Aufl. 2567, 659. Aufl. 2568, 660. Aufl. 2569, 661. Aufl. 2570, 662. Aufl. 2571, 663. Aufl. 2572, 664. Aufl. 2573, 665. Aufl. 2574, 666. Aufl. 2575, 667. Aufl. 2576, 668. Aufl. 2577, 669. Aufl. 2578, 670. Aufl. 2579, 671. Aufl. 2580, 672. Aufl. 2581, 673. Aufl. 2582, 674. Aufl. 2583, 675. Aufl. 2584, 676. Aufl. 2585, 677. Aufl. 2586, 678. Aufl. 2587, 679. Aufl. 2588, 680. Aufl. 2589, 681. Aufl. 2590, 682. Aufl. 2591, 683. Aufl. 2592, 684. Aufl. 2593, 685. Aufl. 2594, 686. Aufl. 2595, 687. Aufl. 2596, 688. Aufl. 2597, 689. Aufl. 2598, 690. Aufl. 2599, 691. Aufl. 2600, 692. Aufl. 2601, 693. Aufl. 2602, 694. Aufl. 2603, 695. Aufl. 2604, 696. Aufl. 2605, 697. Aufl. 2606, 698. Aufl. 2607, 699. Aufl. 2608, 700. Aufl. 2609, 701. Aufl. 2610, 702. Aufl. 2611, 703. Aufl. 2612, 704. Aufl. 2613, 705. Aufl. 2614, 706. Aufl. 2615, 707. Aufl. 2616, 708. Aufl. 2617, 709. Aufl. 2618, 710. Aufl. 2619, 711. Aufl. 2620, 712. Aufl. 2621, 713. Aufl. 2622, 714. Aufl. 2623, 715. Aufl. 2624, 716. Aufl. 2625, 717. Aufl. 2626, 718. Aufl. 2627, 719. Aufl. 2628, 720. Aufl. 2629, 721. Aufl. 2630, 722. Aufl. 2631, 723. Aufl. 2632, 724. Aufl. 2633, 725. Aufl. 2634, 726. Aufl. 2635, 727. Aufl. 2636, 728. Aufl. 2637, 729. Aufl. 2638, 730. Aufl. 2639, 731. Aufl. 2640, 732. Aufl. 2641, 733. Aufl. 2642, 734. Aufl. 2643, 735. Aufl. 2644, 736. Aufl. 2645, 737. Aufl. 2646, 738. Aufl. 2647, 739. Aufl. 2648, 740. Aufl. 2649, 741. Aufl. 2650, 742. Aufl. 2651, 743. Aufl. 2652, 744. Aufl. 2653, 745. Aufl. 2654, 746. Aufl. 2655, 747. Aufl. 2656, 748. Aufl. 2657, 749. Aufl. 2658, 750. Aufl. 2659, 751. Aufl. 2660, 752. Aufl. 2661, 753. Aufl. 2662, 754. Aufl. 2663, 755. Aufl. 2664, 756. Aufl. 2665, 757. Aufl. 2666, 758. Aufl. 2667, 759. Aufl. 2668, 760. Aufl. 2669, 761. Aufl. 2670, 762. Aufl. 2671, 763. Aufl. 2672, 764. Aufl. 2673, 765. Aufl. 2674, 766. Aufl. 2675, 767. Aufl. 2676, 768. Aufl. 2677, 769. Aufl. 2678, 770. Aufl. 2679, 771. Aufl. 2680, 772. Aufl. 2681, 773. Aufl. 2682, 774. Aufl. 2683, 775. Aufl. 2684, 776. Aufl. 2685, 777. Aufl. 2686, 778. Aufl. 2687, 779. Aufl. 2688, 780. Aufl. 2689, 781. Aufl. 2690, 782. Aufl. 2691, 783. Aufl. 2692, 784. Aufl. 2693, 785. Aufl. 2694, 786. Aufl. 2695, 787. Aufl. 2696, 788. Aufl. 2697, 789. Aufl. 2698, 790. Aufl. 2699, 791. Aufl. 2700, 792. Aufl. 2701, 793. Aufl. 2702, 794. Aufl. 2703, 795. Aufl. 2704, 796. Aufl. 2705, 797. Aufl. 2706, 798. Aufl. 2707, 799. Aufl. 2708, 800. Aufl. 2709, 801. Aufl. 2710, 802. Aufl. 2711, 803. Aufl. 2712, 804. Aufl. 2713, 805. Aufl. 2714, 806. Aufl. 2715, 807. Aufl. 2716, 808. Aufl. 2717, 809. Aufl. 2718, 810. Aufl. 2719, 811. Aufl. 2720, 812. Aufl. 2721, 813. Aufl. 2722, 814. Aufl. 2723, 815. Aufl. 2724, 816. Aufl. 2725, 817. Aufl. 2726, 818. Aufl. 2727, 819. Aufl. 2728, 820. Aufl. 2729, 821. Aufl. 2730, 822. Aufl. 2731, 823. Aufl. 2732, 824. Aufl. 2733, 825. Aufl. 2734, 826. Aufl. 2735, 827. Aufl. 2736, 828. Aufl. 2737, 829. Aufl. 2738, 830. Aufl. 2739, 831. Aufl. 2740, 832. Aufl. 2741, 833. Aufl. 2742, 834. Aufl. 2743, 835. Aufl. 2744, 836. Aufl. 2745, 837. Aufl. 2746, 838. Aufl. 2747, 839. Aufl. 2748, 840. Aufl. 2749, 841. Aufl. 2750, 842. Aufl. 2751, 843. Aufl. 2752, 844. Aufl. 2753, 845. Aufl. 2754, 846. Aufl. 2755, 847. Aufl. 2756, 848. Aufl. 2757, 849. Aufl. 2758, 850. Aufl. 2759, 851. Aufl. 2760, 852. Aufl. 2761, 853. Aufl. 2762, 854. Aufl. 2763, 855. Aufl. 2764, 856. Aufl. 2765, 857. Aufl. 2766, 858. Aufl. 2767, 859. Aufl. 2768, 860. Aufl. 2769, 861. Aufl. 2770, 862. Aufl. 2771, 863. Aufl. 2772, 864. Aufl. 2773, 865. Aufl. 2774, 866. Aufl. 2775, 867. Aufl. 2776, 868. Aufl. 2777, 869. Aufl. 2778, 870. Aufl. 2779, 871. Aufl. 2780, 872. Aufl. 2781, 873. Aufl. 2782, 874. Aufl. 2783, 875. Aufl. 2784, 876. Aufl. 2785, 877. Aufl. 2786, 878. Aufl. 2787, 879. Aufl. 2788, 880. Aufl. 2789, 881. Aufl. 2790, 882. Aufl. 2791, 883. Aufl. 2792, 884. Aufl. 2793, 885. Aufl. 2794, 886. Aufl. 2795, 887. Aufl.